H 8040 F
ISSN 1619-1404
Nummer 88
Mai/Juni 04
2,00 Euro

DER RECHTE RAND

1. Mai: Aggressive Aufmärsche



Schwerpunkt:
Neuer deutscher Opferdiskurs

Informationen von und für AntifaschistInnen

1. Mai-Aufmärsche – Porträts: BDVG und „Der Förderturm" – Neonazis im Bremer Umland – Vertriebene und EU Erweiterung – NPD in Senden – Interview mit Hannes Heer – Rechte Musik – PETA: Holocaustkampagne – Nach Schill – Schweiz: „Orden der arischen Ritter" – Gelenkte Demokratie in Russland – Wahlen in Österreich und Frankreich – Rezensionen – Meldungen

In diesem Heft

3 1. Mai-Aufmärsche 2004
4 Gewalt in Niedersachsen
5 Senden und die NPD
6 Porträt: „Bewegung deutsche Volksgemeinschaft"
7 Antisemitismus in Bochum
8 LKA Brandenburgs Erfolge
8 Musiktauschbörse aufgelöst
9 Porträt: „Der Förderturm"
10 Antisemitische TierrechtlerInnen
11 Schill wandert aus

Schwerpunkt

12 Erinnerungskultur bei Freien Nationalisten
13 Neuer deutscher Opferdiskurs
15 Interview: Hannes Heer
17 CDU: Gedenkstättenpolitik
18 Mediale Ignoranz

20 Steinbach vs. Journalistin
21 EU-Erweiterung pro Vertriebene
22 Wahlerfolg der FN in Frankreich
23 Wahlen in Österreich
24 Russland: Gelenkte Demokratie
26 „Orden der arischen Ritter"
27 Rezensionen

Fotos in dieser Ausgabe: B. Schmid (S.22), P. Jülich (S. 26 oben).

Editorial

Das laute Schweigen über den Nationalsozialismus ist lange vorbei. Längst sind in der Bundesrepublik die Abwehrkämpfe gegen das Wahrhaben wollen und Erinnern in vielfältige Deutungskämpfe von Verantwortung und Gedenken übergegangen. Martin Walser muss sich über die vermeintliche „Dauerpräsentation unserer Schande" nicht weiter grämen. Gut fünf Jahre nach der Dankesrede des Schriftstellers bei der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels tritt neben die „unaufhörliche Präsentation unserer Schande" die wiederkehrende Thematisierung „unseres Leids". Kaum war die von den meisten Deutschen als Niederlage empfundene Befreiung am 8. Mai 1945 gelungen, begann die Tätergesellschaft sich als Opfergemeinschaft zu gerieren. Erst das Fragen der 68-er Bewegung: „Papi, wo warst du im Krieg?" erschütterte nachhaltig das deutsche Verhältnis zur eigenen Geschichte. Aber das in den Unterstrom der öffentlichen Meinung gedrängte Selbstbild der Deutschen als Opfer der Weltgeschichte – erst der Nazis, dann der Alliierten und später des Nachhalls der „unglücklichen Jahren" zwischen 1939 und 1945 - kommt mehr und mehr nach oben. „Man muss doch mal sagen dürfen, dass auch wir gelitten haben", ist wiederholt in Talkshows und Dokumentationen zu hören. Der „Schrecken der Bombenangriffe auf deutsche Städte" und „das Elend der Vertreibung aus den urdeutschen Gebieten" bestimmen mehr denn je in der populären Kultur die geschichtspolitischen Debatten. Als vermeintlich offene Gesellschaft, die verantwortungsvoll mit der eigene Geschichte und dem verursachten Elend umzugehen wisse, so die immer lauter werdenden Stimmen, müsse man endlich auch an das eigene Leid erinnern dürfen. Dass das „Eigene" das „Fremde" verdrängen könnte, offenbaren nicht nur die Diskussionen in den politischen Sphären, wenn Martin Hohmann über das Tätervolk spekuliert. Auch im alltäglichen Bereich wird diese Tendenz der Relativierung durch eine unterschwellige vergleichende Bezugnahme sichtbar, wenn in TV-Zeitungen ein Bericht über die „Vertreibung" – kurz aber prägnant – als „Dokumentation des anhaltenden deutschen Leids, verursacht durch die Sowjetunion" beschrieben wird. „Aber in welchen Verdacht gerät man", fragte Walser 1999, „wenn man sagt, die Deutschen seien jetzt ein ganz normales Volk?". „In keinen", mag man heute antworten, wo auch in Wissenschaft, Kultur und Politik auf die Verbrechen der anderen „normalen Völker" hingewiesen wird. Solche Stimmen aus der „Mitte der Gesellschaft" bestärken die extreme Rechte. „Wir haben das schon immer gesagt", stimmen sie in die neue Täter-Opfer-Verschiebung ein und schlagen gleich noch deutlichere Töne an. Mit der Sprache der Täter verharmlosen sie die Taten. Immer offener beschwören sie den früheren „Widerstand des deutschen Volkes gegen die feindliche Bedrohung" herauf, um sich gegen die angeblich aktuelle „amerikanisch-israelische Bedrohung" zu wehren, und empfehlen die „Volksgemeinschaft", um alle sozio-ökonomischen Probleme zu lösen. Keine neuen Themen für den Rechten Rand. Die beschleunigte Dynamik und auch die gestiegene Relevanz der Deutungskämpfe um die Erinnerungs- und Gedenkpolitik nötigen jedoch zu einer genaueren Reflektion der unterschiedlichen Prozesse der geschichtspolitischen Debatten im neuen Deutschland.

Der nächste Rechte Rand erscheint Anfang Juli – Redaktionsschluss ist am 15.6.2004.

Berichtigung: Im Artikel RechtsRock-Produzenten von Jan Raabe in der Ausgabe 86 hat sich ein Fehler eingeschlichen. Das Label „The Voice Records" ist in Kreuzwertheim und nicht, wie irrtümlich angegeben, in Kornwestheim ansässig.

Termine

27.05.2004, 19.00 Uhr, Sumpfblume, Stockhof 2a, Hameln:
Der „Neumarkter Verein" und eine polnische Stadt - Revanchistentreffen in Hameln? Veranstalter: Antifaschistische Aktion Hameln-Pyrmont)

Polizei setzt mit brutaler Gewalt Naziaufmärsche durch



Im Anschluss an die Naziaufmärsche in Berlin und Leipzig lobte sich die Polizei, durch „schnellen und flexiblen Einsatz von Kräften“ Zusammenstöße zwischen Neonazis und GegendemonstrantInnen verhindert zu haben. Angriffe von Neonazis auf Polizeikräfte konnten in Berlin nicht unterbunden werden. Sowohl in Berlin als auch in Leipzig hat die Polizei durch ihr massives Auftreten gegen AntifaschistInnen dafür gesorgt, dass die Neonazis ihre Aufmärsche teilweise durchführen konnten.

Von Andreas Koch & Raimund Hethey

Leipzig

Knapp 1.000 überwiegend sehr junge Neonazis aus dem Spektrum der „Freien Kameradschaften“ und aus den Reihen abtrünniger NPD-Gruppen versammelten sich auf dem Ostplatz des Hauptbahnhofs in Leipzig um ihren „Führer“ Christian Worch, dieses Mal im knallroten Sommerhemd und mit neuem Lautsprecherwagen. Ihm zur Seite standen Lars Käppler als Vertreter der „Bewegung deutsche Volksgemeinschaft“ (BDVG) und Yvonne Mädel, Kameradschaftsführerin aus Thüringen. Während sich Worch in seinen Redebeiträgen als Sieger gegen die Stadt Leipzig selbst feierte und eine halbe Stunde darüber schimpfte, dass Bernhard Schaub der Auftritt in Leipzig verboten wurde, präsentierte Lars Käppler in seiner krampfhaft an den Ton Hitlers angepassten Rede einen fünf Punkte-Plan zur Lösung aller aktuellen politischen Probleme: „Heimat, Vaterland, Gemeinschaft, Volk, Deutschland“. Ein zaghafter Versuch einer Blockade der Nazi-Route durch TeilnehmerInnen einer gewerkschaftlich organisierten Mai-Veranstaltung wurde von BGS-Beamten - die Leipziger Polizei war in Berlin im Einsatz - schnell unterbunden. Deshalb konnte Worch dieses Jahr das avisierte Ziel „Völkerschlachtdenkmal“ bis auf 300 Meter erreichen. Für Worch kann der 1. Mai als kleiner Erfolg angesehen werden: er hatte vor Gericht die beantragte Route durchgesetzt und kann mit der erreichten Teilnehmerzahl sein Gesicht im Lager der Neonazis wahren.

Nazi-Aufmarsch in Leipzig gegen die EU und deren Ost-Erweiterung und für das Motto „Arbeit für Deutsche“

Berlin

In Berlin waren gegen Mittag schon über 2.500 Nazis am Bahnhof Lichtenberg zusammengekommen. Unter der Organisation von Holger Apfel versammelten sich Anhänger von NPD und „Freien Kameradschaften“, die das Bild des Aufmarsches dominierten. Im Vergleich mit dem Mai-Aufmarsch und dem Hess-Gedenkmarsch im August kamen dieses Jahr weniger Abordnungen aus anderen europäischen Nachbarstaaten. Der Repräsentant der „Freien Kameradschaften“ Thomas Wulff lief während des Aufmarsches einträchtig neben dem NPD-Vorsitzenden Udo Voigt und beanspruchte auch die meiste Redezeit für sich. Zur geplanten inhaltlichen Auseinandersetzung mit der EU-Erweiterung kam er selten, da er ständig mit der Kommentierung des Polizeieinsatzes und der antifaschistischen Gegenaktivitäten beschäftigt war. Neben den NPD-Vorstandsmitgliedern Udo Voigt, Frank Schwerdt und Holger Apfel sprachen unter anderem Ralf Tegethoff und der Nazi-Liedermacher Frank Rennicke.

Von Anfang an traten die Neonazis aggressiv auf. Als nach wenigen Metern der Aufmarsch aufgrund von Blockaden durch AntifaschistInnen stoppen musste, fingen die Neo-Nazis an, die Polizei zu bedrängen und zu schubsen. Schließlich kam es zu handfesten Schlägereien. Trotz der sich steigernden Nazi-Aggressionen knüppelten Sondereinheiten der Polizei, insbesondere aus Bayern, auf die blockierenden AntifaschistInnen ein und räumten die Aufmarschroute frei. Aufgrund der antifaschistischen Proteste mussten die Neonazis nach einem Zehntel der geplanten Aufmarschstrecke umkehren.

Damit waren Berliner AntifaschistInnen erfolgreicher als die Leipziger. Konnten die Neo-Nazis in Leipzig sogar in unmittelbarer Nähe der DGB-Kundgebung marschieren, mussten in Berlin Räumpanzer und Wasserwerfer eingesetzt werden, um den massiven Widerstand der AntifaschistInnen zu brechen. Mehrere tausend AntifaschistInnen drückten ihren Protest gegen den Nazi-Aufmarsch auf der Strasse aus. Das entschlossene Handeln verkürzte nicht nur erheblich die Marschroute, sondern verhinderte den ursprünglich geplanten Marsch der Neonazis durch den Stadtteil Friedrichshain.

Die diesjährigen 1. Mai-Aufmärsche der Neonazis unterschieden sich von den bisherigen durch deren gezeigte Aggressivität während der Aufmärsche, die sowohl von der Demoleitung als auch dem Ordnerdienst unterstützt wurde. Der Schulterschluss zwischen der NPD und den „Freien Kameradschaften“ hat bewiesen, dass auch bei nach außen gezeigten Auseinandersetzungen gemeinsame Aktionen jederzeit möglich sind.

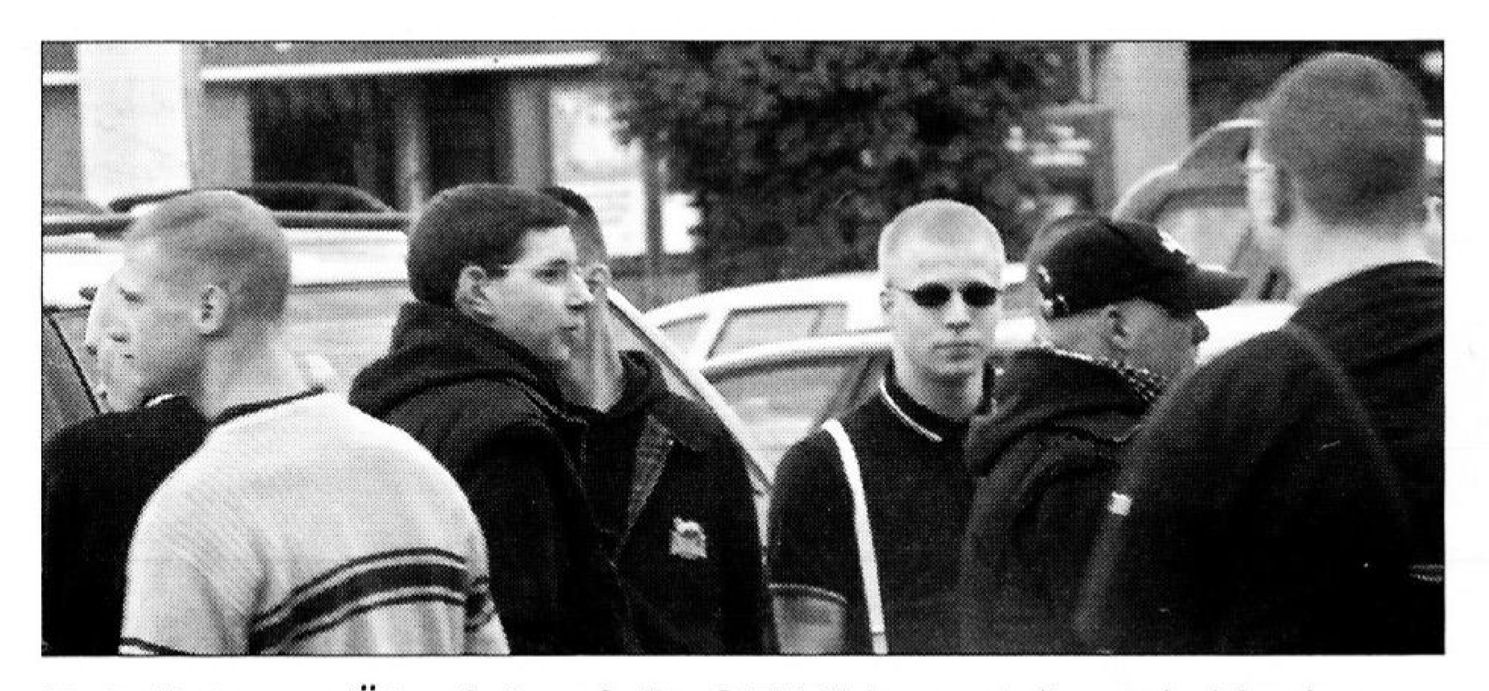
Eskalierende Gewalt in Niedersachsen



Der Drohbrief kam nicht mit der Post, er wurde persönlich in den Briefkasten des Jugendzentrums in Verden eingesteckt. Adressiert war das anonyme Schreiben an eine der Initiatorinnen des „Bündnis gegen Rechts" in der niedersächsischen Kreisstadt. „Hiermit stehen Sie auf der Liste der zu tötenden, unappetitlichen `Antifascho´", steht da in schnörkeliger schwarzer Handschrift geschrieben und weiter: „Aus euren Körpern machen wir Hundefutter. Ihr seid das Krebsgeschwür kann man nur mit A-Strahlen im Kernkraftwerk eingesperrt bekämpfen, schön langsam..." Nicht die erste Drohung gegen Mitglieder des Bündnisses, aber wohl die härteste.

Von Paul Stöver

Inzwischen ermitteln Beamte des Landeskriminalamtes und der Staatsanwaltschaft Verden gegen den unbekannten Schreiber. Die rechtsradikale Szene in den Landkreisen südlich von Bremen zeigt ihre Gewaltbereitschaft immer unverhohlener. In der aktuellen Kriminalitätsstatistik des niedersächsischen Landeskriminalamtes ist ein Anstieg



Beteiligte am Überfall auf die GEW-Veranstaltung in Verden

rechtsextremistischer Straftaten im Landkreis Verden von 48 im Jahr 2002 auf 92 für 2003 zu verzeichnen, darunter Volksverhetzung, Vertrieb von verbotenen CDs, Farbschmierereien, Bedrohung und Sachbeschädigung. Nun bezeichnet auch der niedersächsische Verfassungsschutz den NPD-JN-„Stützpunkt Verden/Rotenburg" als „höchst aktiv".

Keine Übertreibung, im Gegenteil: Am 21. April überfielen über 30 Neonazis eine interne Veranstaltung der GEW in Verden. Äußerst aggressiv versuchten sie das Lokal zu stürmen, Antifaschisten hielten die Tür jedoch von innen zu. Bei dieser Aktion wurde die starke Vernetzung der Neonazis aus dem Bremer Umland deutlich, sie hatten Unterstützung aus Schaumburg-Lippe erhalten und auch Autos aus Berlin und Leipzig wurden gesichtet. Nach Angaben der Polizei waren die Angreifer schwer bewaffnet, führten „Totschläger, Axtstiele, Reizgase, Sturm-Hauben und mit Sand präparierte Handschuhe" mit. Unter Führung von Florian Cordes, Sven Wellhausen und vor allem Sascha Jörg Schüler skandierten sie Parolen und beschimpften Schüler und Pädagogen.

Womit die Neonazis allerdings nicht gerechnet hatten: Ein 30-köpfiger Einsatzzug der Polizei aus Oldenburg hatte sich im Hotel verschanzt und überwältigte die Neonazis nach einer Verfolgungsjagd, 17 wurden vorläufig in Gewahrsam genommen. Der Polizeichef rühmte sich später, eine Mischung aus „siebtem Sinn" und einer „gewieften Taktik" habe diesen „Donnerschlag gegen die NPD-Szene" möglich gemacht.

Die politisch Verantwortlichen kommentieren die gefährlichen Entwicklungen bisher mit eisigem Schweigen. Vertreter der FDP sorgten sich Anfang diesen Jahres eher um die geplanten „Stolpersteine" zum Gedenken an die ermordeten Achimer Juden, denn, wenn die von Rechtsradikalen besprüht werden, fragen Angehörige der Liberalen, wer trägt dann die Kosten zur Wiederherstellung? Nicht verwunderlich, dass in solchem Klima das Verfassen von anonymen Drohbriefen leicht fällt.

Einer, der seine politischen Gegner bereits seit Jahren mit rechten Hetzpamphleten bombardiert, ist der Verdener Revisionist Jan Huss. „Jan Hus" gehört zum Kreis um Rigolf Hennig und Horst Mahler. Ende März reiste er, nach eigenen Angaben, „durch den Osten" und beriet mit „etwa fünfzig Gleichgesinnten aus ganz Deutschland und aus einigen Nachbarländern" wie es weitergehen soll „nach dem Zusammenbruch dieser Bananenrepublik, wenn das Deutsche Reich wieder handlungsfähig ist". Was dann mit politischen Gegnern geschehen soll, steht für Huss schon fest: „Die Bundespolitiker kommen an den Galgen, die Mitläufer ins Zuchthaus und die Antifaschisten, Abartigen und Arbeitsscheuen in Umerziehungslager"!

Dennoch gilt der selbsternannte „Gesellschaftskritiker" Huss als ungefährlich, denn zwischendurch prahlt der Baldur Springmann-Verehrer mit seinen „Außerkörper-Exkursionen". Huss pflegt beste Kontakte zur NPD. Bei revisionistischen Vortragsveranstaltungen wie mit dem Ex-General Schultze-Rhonhof am 18. März diesen Jahres in Schafwinkel bei Verden gehörte der drahtige Rechte mit dem schlohweißen langen Haar zum Ordnerdienst. Journalisten droht er „Hausbesuche" oder „Denkzettel" an und verteilt selbstgefertigte Flugblätter im Namen einer „Antifa" mit dem Konterfei eines „Bündnis gegen Rechts"-Mitgliedes.

Von der Gewaltbereitschaft der niedersächsischen Neonazis konnte sich auch die Rotenburger Öffentlichkeit vor kurzem einen erschreckenden Eindruck verschaffen. Nach Beendigung einer NPD-Kundgebung kam es zu einem äußerst brutalen Übergriff. Ein 19jähriger Skinhead, Internatsschüler aus Scheeßel, schlug einem Passanten unvorhergesehen mit voller Wucht einen Holzplakatträger ins Gesicht. Das Opfer brach zusammen und musste am Abend wegen Jochbeinbruchs im Diakonie-Krankenhaus operiert werden.

Damit nicht genug: ein Rotenburger Antifaschist erstattete jüngst Anzeige, denn Glatzen hatten am Osterfeuer erzählt: „Den X, den bringen wir um!"

Immer wieder Senden

Eine bayerische Kleinstadt als anfangs erfolgreiches NPD-Modellprojekt

Seit über anderthalb Jahren versucht die NPD, aus der Stadt Senden ein so genanntes „Nationales Zentrum" zu machen. Das Entgegenkommen von Behörden und Verantwortlichen ist erschreckend.

Von Robert Andreasch

AntifaschistInnen hatten schon vor dem 19. Januar 2003, als der JN Stützpunkt Kreis Neu-Ulm gegründet wurde, davor gewarnt, dass sich Senden zu einem Zentrum neofaschistischer Umtriebe entwickeln könnte. Doch niemand protestierte vor Ort gegen Naziaufmärsche, Kundgebungen, „Rednerabende" und Neonazikonzerte in der 15 km südlich von Ulm gelegenen bayerischen Kleinstadt.

Die Geschichte nahm ihren Ausgang, als der damals 19-jährige Stefan Winkler vor zwei Jahren den NPD-Kreisverband Neu-Ulm reaktivierte. Zugleich sammelte er mit Unterstützung des bayerischen JN-Landesvorsitzenden Stefan Göbeke-Teichert Neofaschisten aus dem Kreis der ehemaligen „Skinheads Schwaben" um sich und stellte ein Stockwerk seines mit Reichsfahnen geschmückten Hauses als „Jugendclub" zur Verfügung. Die dort verkehrenden Neonazis terrorisierten in Folge die Nachbarschaft mit Musik und Gewehrschüssen auf dem Grundstück derart, dass ein älterer Mann einen Herzinfarkt erlitt und verstarb.

Viele prominente Neonazis traten vor den ca. 60 örtlichen Neofaschisten in Senden auf, darunter u.a. die Holocaustleugner Bernhard Schaub und Günter Deckert. Als Schleusungspunkt fungierte regelmäßig der Parkplatz des Möbelhauses von Stadtratsmitglied August Inhofer. Wohl als bundesweites „Modellprojekt" der NPD wurden für alle Veranstaltungen ab Juni 2003 ausschließlich öffentliche Räume und Plätze angemietet. Unverblümt hieß es auf der NPD-Homepage: „Wir wollen in Zukunft die vorhandene Infrastruktur in Senden nutzen, um in der Stadt ein Nationales Zentrum zu schaffen".

Im Sendener Stadtrat dagegen, dem mit Walter Renz (Fraktion CFW-FWG, Freie Wähler) auch der zuständige Staatsschutzbeamte angehört, wurden die Veranstaltungen monatelang konsequent verharmlost und zum Teil auch gegenüber der Öffentlichkeit frech abgestritten. An der Vergabepraxis städtischer Räume wurde unbeirrt festgehalten, nicht einmal Mietzahlungen wurden verlangt. Fünf Tage nach den Sprengstoff- und Waffenfunden bei der „Kameradschaft Süd/Aktionsbüro Süddeutschland" durfte deren Funktionär und „Liedermacher" Michael Müller ein Open-Air-Konzert auf dem Sendener Festplatz geben. Als am 31. Januar 2004 Frank Rennicke vor nun schon 200 Jugendlichen in der städtischen Festhalle auftreten konnte, lobte die NPD den Sendener Bürgermeister Kurt Baiker (parteilos), er habe „der Veranstaltung die letzten Steine aus dem Weg" geräumt. Bei der Veranstaltung wurden unter den Augen des Staatsschutzes Flugblätter der neun Tage zuvor verbotenen „Fränkischen Aktionsfront (FAF)" verteilt. Rennicke steigerte sich bis zum „Unser Adolf lebe hoch!". AntifaschistInnen, die am 20.09.03 in Senden unter schikanösesten und polizeistaatlichen Bedingungen demonstrierten, wurden in Gemeinderat und Lokalpresse noch als „linke Berufsdemonstrierer" diffamiert. Im März 2004 jedoch unterstützte u.a. das „Simon-Wiesenthal-Center Los Angeles" die Kampagne der „Antifaschistischen Aktion Ulm/Neu-Ulm" mit einem international publizierten Aufruf, der bayerische Ministerpräsident Stoiber solle „gegen die städtisch sanktionierten Hassfestivals in Senden vorgehen, welche die Opfer des Holocaust verunglimpfen" und bezeichnete Senden als „braunes Nest". Das frühere NPD-



Die „Kameradschaft Karlsruhe" rief am 15.Juni 2002 zu einer Demonstration gegen die Verurteilung Frank Rennickes auf. Bildmitte mit Seitenscheitel und Fahne: Stefan Winkler (NPD-KV Neu-Ulm).

Vorstandsmitglied Per Lennart Aae entgegnete im neonazistischen Stoertebeker-Netz: „(das) geht Sie einen feuchten Kehricht an."

Auch der Sendener Bürgermeister Baiker nannte die Kritik der jüdischen Menschenrechtsinstitution „befremdlich" und der Bundestagsabgeordnete Georg Nüßlein (CSU) sah gar den „Rechtsstaat in Gefahr", wenn der NPD Räume verweigert würden.

Die antifaschistische Kampagne fand zu diesem Zeitpunkt Resonanz in zahlreichen deutschen und internationalen Medien. Auch in den europäischen Partnerstädten Sendens begann eine Debatte. Die Stadtverwaltung beklagte sich, sie werde „mit emails bombardiert." Ein längst abgeschlossener Mietvertrag für eine Veranstaltung mit Horst Mahler wurde schließlich doch zurückgezogen. „Das im US-amerikanischen Los Angeles residierende ‚Simon-Wiesenthal-Center' hat in trauter Eintracht mit antifaschistischen Schlägertruppen diesen Druck ausgeübt.", kommentierte die NPD-Bundesgeschäftsstelle. In deren Auftrag gelang es dem Düsseldorfer Rechtsanwalt und Vize-Bundesvorsitzenden der „Republikaner", Björn Clemens, wiederum, die Räume für Horst Mahlers „11.09."–Vortrag und eine weitere Veranstaltung vor Gericht einzuklagen. Die Stadt Senden, offensichtlich nur durch öffentlichen Druck und nicht durch Einsicht zur Verhaltensänderung gedrängt, hatte juristisch weder formale noch inhaltliche Minimalstandards eingehalten und ließ bspw. Fristen verstreichen. Der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt, die „Liedermacher" Michael Müller und Annett Moeck sowie die RechtsRock-Band „Act of Violence" konnten so auch in städtischen Hallen auftreten.

Am Beispiel Senden wird einiges am offiziellen Umgang mit Neofaschismus deutlich: Nur für ganze drei NPD-Veranstaltungen habe sie freiwillig Räume zur Verfügung gestellt, lügt die Stadt Senden derzeit auf ihrer Homepage. Und der kürzlich veröffentlichte bayerische Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2003 erwähnt die neofaschistischen Aktivitäten in Senden mit keinem Wort.

Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft



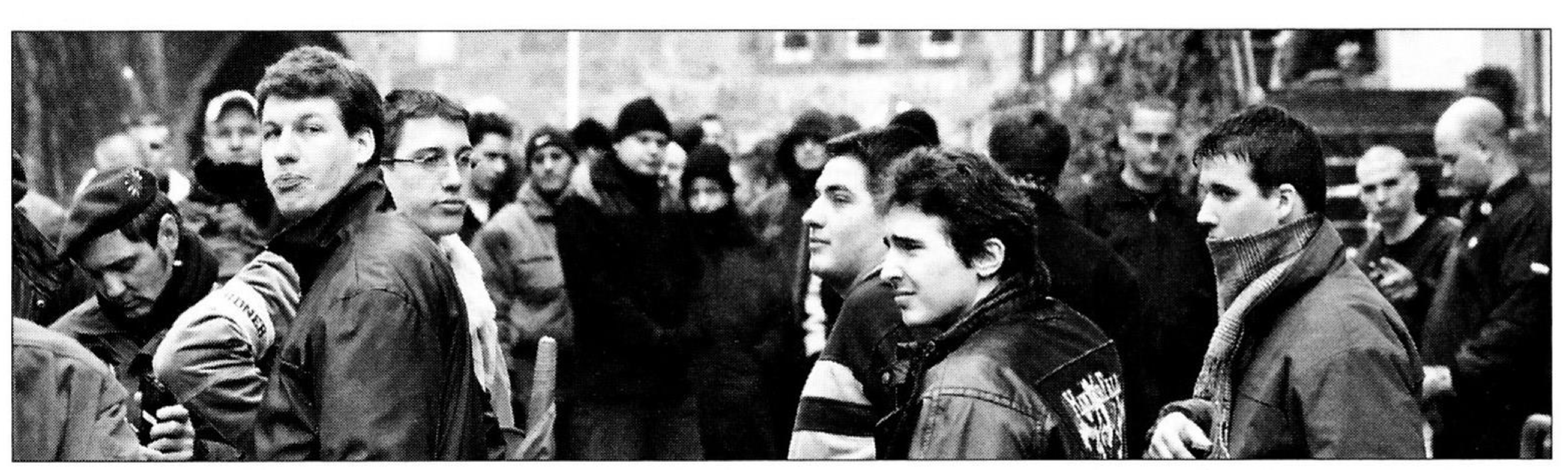
Die 1999 gegründete neonazistische „Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft" (BDVG) ging im vergangenen Jahr in die politische Offensive. Ausgehend von organisatorischen Schwerpunkten in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen strebt die BDVG eine bundesweite Etablierung an. Zu Hilfe kommt der braunen „Volksgemeinschaft" die anhaltende Schwäche der NPD-Nachwuchsorganisation „Junge Nationaldemokraten".

Von Hannes Berger

Die formale Gründung der BDVG erfolgte in Eschweiler-Dürwiß bei Aachen am 5. Juni 1999 als „Bildungswerk Deutsche Volksgemeinschaft" durch unzufriedene Funktionäre der „Jungen Nationaldemokraten" (JN). Dazu zählten Achim Ezer, der nordrhein-westfälische JN-Landesvorsitzende aus Eschweiler, Oliver Händel, bisheriger JN-Bundesgeschäftsführer und sächsischer JN-Landesvorsitzender, und Lars Käppler aus der schwäbischen Kleinstadt Neckarwestheim (Kreis Ludwigsburg). Zu dem Zerwürfnis mit der Mehrheit der „Jungen Nationaldemokraten" führte unter anderem die Aufnahme von Safet Babic, Sohn bosnischer Eltern, im November 1998 in die Organisation. Daneben stand auch der Vorwurf von „finanziellen Unregelmäßigkeiten in fünfstelligen Höhe" im Raum. Die NPD-Geschäftsstelle schloss die damalige „Spalter-Clique" aus. Es gelang den von der NPD verfemten „Spaltern" nur eine Minderheit an JN-Funktionären aus den Landesverbänden Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Baden-Württemberg für die neue, alte Sache zu gewinnen. In den folgenden Jahren trat das „Bildungswerk" und seit 2000 die „Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft" mit Vortrags- und Informationsveranstaltungen vor allem im Südwesten in Erscheinung. Ende 2000 wechselte der Bundessitz der damals 100 Mitglieder starken Organisation aus Eschweiler nach Heilbronn und somit in die Nähe des Wohnorts von Lars Käppler. Achim Ezer hatte seine Aktivitäten für die BDVG aufgegeben. Nachfolger als Vorsitzender wurde Käppler, der auch Domaininhaber der Website „volksgemeinschaft.org" ist, zusammen mit Ralf Brunner und Michael Weber. Im Jahr 2002 wurde die Vorfeldorganisation „Bundesweite Aktion Junge Deutsche" aktiv. Ihr Ziel ist die Beeinflussung von Schülerzeitungen und SMV-Gremien. „Stoppt die Ausländerüberfüllung in unseren Klassenzimmern! Stoppt die Ausländerkriminalität auf unseren Schulhöfen!" lautete die Schlagzeile eines Briefes, der von der drei BDVG-Vorsitzenden unterzeichnet war. Die „Bundesweite Aktion Junge Deutsche" hat nichts mit den „Jungen Deutschen" (JD) aus Heilbronn zu tun. Diese lokale JN-Abspaltung entstand Ende der 1980-er Jahre und war bis 1994 - zu dieser Zeit waren die JD bereits anhaltend inaktiv - im Vereinsregister eingetragen.

Zu den Referenten des BDVG zählten der revisionistische Verleger Dr. Gerd Sudholt, die ehemalige „Wiking-Jugend"-Funktionärin Edda Schmidt, der Wiener Professor Dr. Walter Marinovic von der rechtsextremen kulturpolitischen Splittergruppe „Österreichisches Kulturwerk", Wolfgang Juchem von der Kleinstorganisation „Aktion Freies Deutschland", Franz Schönhuber, Georg Albert Bosse und vor allem Bernhard Schaub. Der Basler Revisionist und Vordenker der „Partei National Orientierter Schweizer" (PNOS) ist zum ständigen Begleiter des BDVG geworden. Er publiziert regelmäßig in der Quartalsschrift „Volk in Bewegung" und ist häufig Vortragender bei Veranstaltungen des BDVG.

Neben den Referenten aus der gesamten rechtsextremen Szene un-



Lars Käppler (li.), beide Bilder: Aufmarsch der BDVG in Schwäbisch Hall am 6.3.2004 (s. Meldung)

BDVG-Aufmarsch blockiert

Dem Demonstrationsaufruf („Multi-Kulti-Diktat in Hall brechen!") der neonazistischen „Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft" (BDVG) ins baden-württembergische Schwäbisch Hall folgten am 6. März rund 150 extrem Rechte. Anmelder des braunen Spektakels war Lars Käppler. Als Redner waren neben Käppler noch Christian Worch und Günter Deckert angekündigt. Letzterer verzichtete auf sein Erscheinen. Unter den Teilnehmern der Veranstaltung in der Provinz waren auch René Rodriguez-Teufer (Viernheim), Yvonne Mädel aus dem thüringischen Meiningen und Hartmut Wostupatsch, ein alter Mitstreiter aus Michael Kühnens „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten" (ANS/NA) aus Würzburg. Der Aufmarsch der Rechten endete nach rund 200 Metern, da die Route von AntifaschistInnen blockiert worden war, was zu zahlreichen Festnahmen unter ihnen führte. Käppler drohte in der Zwischenzeit mit weiteren Aufmärschen in Schwäbisch Hall für die nahe Zukunft. Am 25. März fanden sich rund 20 Kameraden auf dem Marktplatz in Schwäbisch Hall ein. Für die nächsten 50 Jahre hat der 28-jährige Käppler dort seine jährliche Veranstaltung zum 1. Mai angemeldet.

terhält die „Bewegung“ auch Kontakte zu „Freien Kameradschaften“. Im vergangenen Dezember trat Käppler zusammen mit Christian Worch in Cottbus und Hoyerswerda auf. Die lokale „Lausitzer Rundschau“ beschrieb die Rollenteilung der beiden Neonazis: „Worch ist der Regisseur. Die Rolle des Aufpeitschers überlässt er Lars Käppler. Der brüllt immer wieder dieselben dumpfen Fremdenhass-Tiraden, Schmähungen und Parolen gegen die EU-Osterweiterung – und die `Kameraden´ schreien ihm alles artig nach.“

Von der aktuellen Schwächung von NPD und JN durch die heftig umstrittene Kandidatur des 22-jährigen Trierer Studenten Babic zur Europawahl auf Platz 22 der NPD-Liste versucht die BDVG zu profitieren. Helfen soll neben zahlreichen Demonstrationen wie jüngst in Schwäbisch Hall vor allem die in einem noch nicht bekannten Ort in Baden-Württemberg für Pfingstsonntag angekündigte Großveranstaltung anlässlich des 80. Geburtstages des Revisionisten und Altnazis Herbert Schweiger. „Veranstalter ist die `Plattform Neue Ordnung´ (PNO), die an diesem Tag als Dachverband der `Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft´ (BDVG) und der (...) Schwesterorganisation `Bewegung Neue Ordnung´ (BNO) ins Leben gerufen wird.“ Die NPD-Abspaltung BNO wurde in Gegenwart von 100 Rechtsextremisten im brandenburgischen Vetschau am 1. Februar gegründet.

Ordnung und Sicherheit gefährdet?

Erneut versucht die NPD, gegen den Bochumer Synagogenbau zu marschieren

Von Sarah Drücker & Pierre Briegert

Am 12. März schloss sich das Bundesverfassungsgericht (BVG) dem zuvor bereits vom Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster bestätigten Verbot der von der NPD-NRW für den 13. und 20. März 2004 in Bochum angemeldeten Neonazi-Aufmärsche an. Demonstrieren wollten NPD/JN und „Freie Kameradschaften“ gegen den Neubau der in der Reichspogromnacht zerstörten Synagoge in Bochum. Geplantes Motto „Stoppt den Synagogenbau - 4 Millionen fürs Volk!“ (vgl. DRR, Nr. 87). Statt dessen demonstrierten zirka 2.500 Menschen gegen Rassismus und Antisemitismus. Der nächste Anlauf der Neonazis ist jetzt in Bochum für den 26. Juni geplant. Als bemerkenswert kann bezeichnet werden, dass das BVG die Demonstrationen tatsächlich verboten hat. Bisher nämlich hat sich das höchste deutsche Gericht mit Verboten von Neonazi-Aufmärschen stets zurückgehalten. Ganz im Gegensatz zu dieser Linie steht das OVG Münster. Dieses Mal aber waren sich beide Gerichte jedenfalls im Grundsatz einig. Nach Ansicht beider war die öffentliche Sicherheit gefährdet, also die geschriebene Rechtsordnung, und nicht ausschließlich die öffentliche Ordnung, bei deren alleiniger Gefährdung das BVG im Gegensatz zum OVG Münster bisher regelmäßig ein Verbot abgelehnt hat.

Beide Gerichte haben erkannt, dass das Motto der Versammlung den Straftatbestand der Volksverhetzung erfüllt. Das Motto grenze, so das OVG Münster, die in Deutschland lebenden Mitbürger jüdischen Glaubens in böswilliger und verächtlich machender Weise als nicht zum „Volk“ gehörend aus der staatlichen Gemeinschaft aus. Damit verstoße es gegen die Menschenwürde. Auch die anschließende Änderung des Versammlungsmottos in „Keine Steuermittel für den Synagogenbau! In Bochum soll eine Synagoge gebaut werden. Wir sagen nein!“ durch die NPD konnte daran nichts mehr ändern. Zwar würde dieses, so die BVG-Richter, „nicht mehr den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllen“, doch „der alte Versammlungsaufruf mit dem alten Versammlungsmotto“ sei „weiterhin in Veröffentlichungen enthalten [...], die dem Antragsteller direkt zuzurechnen sind.“ Bereits am Tag vor dem BVG-Beschluss hatten die Staatsanwaltschaft und der Polizeiliche Staatsschutz Bochum die Landeszentrale der NPD- und JN-NRW in Bochum-Wattenscheid durchsucht und ebenso die Privatwohnung des JN-Funktionärs Oliver Westerwinter in Bottrop. „Oliver W.“ würde verdächtigt, sich als „Verantwortlicher des Landesvorstandes der Junge Nationaldemokraten in NRW“ eines Vergehens gegen das Versammlungsgesetz schuldig gemacht zu haben. Auf der Homepage der JN-NRW sei „öffentlich zur Teilnahme an einer verbotenen Versammlung“ aufgefordert worden. Die NPD scheint aus ihren Fehlern gelernt zu haben. Für den 26. Juni meldete sie kürzlich die nächste Demonstration in Bochum an. Motto: „Keine Steuergelder für den Synagogenbau - Für Meinungsfreiheit“. Es steht zu befürchten, dass dieser Aufmarsch genehmigt wird. Jetzt nämlich scheint „nur“ noch die Öffentliche Ordnung gefährdet, womit ein vom OVG Münster zu erwartendes Verbot höchstwahrscheinlich in Karlsruhe keinen Bestand haben wird. Mit dem Stattfinden des Aufmarsches am 26. Juni ist also zu rechnen.

Antifaschistische Demonstration für den Wiederaufbau der Synagoge am 13.03.2004 in Bochum

Zum ‚Streit‘ zwischen BVG und OVG Münster vgl. LOTTA - antifaschistische Zeitung aus NRW, Nr. 14, Herbst 2003, S. 57f., www.free.de/lotta.

Ermittlungen als Propagandashow

Von Jan Raabe

„Brandenburgs Polizei geht erneut scharf gegen die rechtsextremistische Musikszene vor.“ Annähernd monatlich vermeldet Heiko Homburg, Pressesprecher des „Ministerium des Innern“ des Landes Brandenburg vermeintliche Erfolge im Kampf gegen Rechts. Immerhin, die vom Innenminister Schönbohm ausgegebene Parole „Null Toleranz gegenüber Gewalt und Extremismus“ braucht nach allen peinlichen Fehlern und Verstrickungen seiner V-Leute in die organisierte neonazistische Szene Erfolge. Ein genauerer Blick auf die Erfolgsmeldungen aus seinem Hause lässt jedoch schnell Zweifel an ihrem Erfolg aufkommen. Die monatlichen Meldungen der Behörde beziehen sich auf Musik-CDs, die vom Brandenburger LKA der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien zur Indizierung vorgeschlagen werden. Allerdings reklamiert die Institution keine Neuerscheinungen auf dem RechtsRock-Markt, sondern Tonträger, die schon lange erhältlich sind oder die bisher noch nie offiziell über die diversen deutschen Versände verkauft wurden. Das LKA beantragte beispielsweise im Dezember 2003 die Indizierung der CD „Raritäten“ der Band „Freikorps“. Veröffentlicht wurde diese Platte bereits vor sechs Jahren und findet sich mittlerweile bei keinem der aktuellen RechtsRock-Versände mehr. Die CD dürfte höchstwahrscheinlich ausverkauft sein. Die im November 2003 angezeigte CD



Vor einer Arrestzelle der Polizeihauptwache Prenzlau, Brandenburg

„The Blackshirts rise again“ der Band „Blackshirts“ erschien bereits im Jahr 2000. Doch auch hier scheint ein Indizierungsantrag sinnlos. Auf dem Cover des Tonträger sind nationalsozialistische Symbole abgebildet. Der Vertrieb bzw. Verkauf dieser CD verstößt gegen den §86a StGB und ist somit in Deutschland nicht legal. Daher hätte das LKA den Einzug dieser CD beantragen müssen und nicht die Indizierung. Denn eine Indizierung bedeutet lediglich die Einstufung als „jugendgefährdend“. Das heißt, sie darf Jugendlichen unter 18 Jahren nicht zugänglich gemacht, nicht öffentlich ausgelegt und nicht im Versandhandel vertrieben oder beworben werden. Ein Verkauf auf Nachfrage aus einem Sortiment von „unter dem Ladentisch“ ist jedoch zulässig. Mit dem „Kampf gegen Rechts“ haben die Indizierungsanträge für die CD „Krebskolonie“ der Thüringer Metal-Band „Eisregen“ sowie einer CD der Cottbusser Gruppe „F.B.I.“ („Frei Bier Ideologen“) nichts zu tun. Die Texte von „Eisregen“ sind zwar äußerst blutig und brutal gehalten. Aber weder die Texte noch die Band selbst lassen eine Vermutung zu, dass sie auf der äußersten Rechten anzusiedeln wären – wie auch die Texte der Oi-Punk-Band „F.B.I.“ dies nicht zulassen.

Ausgetauscht

Bundesweite Razzia gegen Anbieter rassistischer Musik

Von Uwe Seher

„Wir waren bei ganz normalen Familien, ohne polizeiliche Erkenntnisse im ‚rechtsextremen‘ Bereich“, ist eine der vielen, ähnlich klingenden Aussagen regionaler Polizeidienststellen. Anscheinend völlig unbewußt offenbaren die Ermittler die Dimension von antisemitischer, rassistischer und NS-verherrlichender Musik. Längst gehört sie zum neuen Sound der Mitte der Gesellschaft. In den frühen Morgenstunden am 24.3.2004 durchsuchten Polizeibeamte unter BKA-Koordination in allen Bundesländern außer Bremen insgesamt 333 Wohnungen. Die Staatsanwaltschaft Bonn hatte 342 Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Volksverhetzung eingeleitet, nachdem das BKA und LKA Brandenburg im Oktober 2003 über mehrere Tage im Netzwerk KaZaA eine „verdachtsunabhängige Fahndung“ durchgeführt hatten und auf 360 Anbieter von in der BRD verbotenen Musik-Stücke gestoßen waren. Sie fanden unter anderem in den digitalen Audiotheken indizierte Titel der Bands „Landser“, „Arisches Blut“ oder „Gestapo“. Die Betroffenen hielten auf ihren Computern diese öffentlich bereit und wer wollte, konnte sie sich einfach herunter laden. Bei den Anbietern beschlagnahmte die Polizei Computer, einzelne CDs, DVDs, Disketten und Festplatten. In einem Fall stellte die Düsseldorfer Staatsschutzabteilung als Zufallsfund „mehrere Briefbögen mit Hakenkreuzen“ sicher. Mancherorts waren die Eltern schockiert, was ihre 14-jährigen Heranwachsenden da getrieben haben und was sich auf ihren Computern befand. „Die heutigen Maßnahmen belegen, dass das Internet keinen rechtsfreien Raum darstellt“, meint das BKA, und „dass mit den Exekutivmaßnahmen auch eine präventive Wirkung erzielt wird.“ Auch das LKA Sachsen frohlockt: „Die Erfolgsmeldungen häufen sich beim Kampf gegen die Internet-Kriminalität.“ Welche Art Prävention gemeint ist, erläutert die Bielefelder Polizei: „Wer Tauschbörsen nutzt, weiß spätestens jetzt, dass er beobachtet wird“. In der Erfolgsmeldung weißt das BKA auf umfangreiche Durchsuchungen im April 2001 hin, wo gegen 103 Beschuldigte mit dem gleichen Vorwurf vorgegangen worden ist. Diese hatten im Netzwerk Napster indizierten Rechtsrock verschoben. Doch weder teilte das BKA mit, was aus den Ermittlungen geworden ist, noch berichtete die Presse in den letzten Jahren über nachfolgende Gerichtsverfahren. Damit wird die „Prävention“ eher zum reinen Selbstzweck und die bundesweiten Durchsuchungen zum polizeitaktischen Trainingsmanöver. Das Geld dafür wäre im Bildungsbereich sicherlich besser aufgehoben.

„Der Förderturm“

In unregelmäßigen Abständen erscheint in Mülheim an der Ruhr das Fanzine „Förderturm“ mit eindeutig neonazistischer Botschaft. Die Redakteure verstehen sich nicht als einfache Adolf-Hitler-Apologeten, sondern als Initiatoren einer „konstruktive(n) Auseinandersetzung über verschiedene Ansichten und Aspekte“, um „Alternativen zu erarbeiten, die der Zeit angemessen sind, ohne ‚zeitgemäß‘ zu sein“.

Von Stephan Lindke

Erstmals 2000 wurde „Der Förderturm“ mit der Adresse des finnischen „Blood & Honour“-Postfachs in Vantaa veröffentlicht. Im Vorwort der ersten Ausgabe stellen sich die Macher als „langjährige und bekennende Nationalisten“ vor, die mit dem „Förderturm“ dem „überparteilichen nationalen Widerstand auch im Herzen des RUHRPOTTS“ eine Stimme geben wollen. Als redaktionelles Ziel streben sie eine Verknüpfung“ spezifischer Szene-(insbesondere Skinhead-)Themen mit politischen Artikeln“ an, um damit „neue Impulse für das Erwachen der schlummernden nationalen Kräfte in unserer geliebten Heimat“ zu geben. Mittlerweile sind 6 Ausgaben des professionell aufgemachten und nunmehr 72 Seiten starken DIN-A4-Fanzines erschienen. Presserechtlich verantwortlich zeichnet ein Krause, der mit unterschiedlichen Vornamen (Achim, Joachim, Joe Achim) in Erscheinung tritt. Daneben schreiben für das Blatt regelmäßig Autoren unter den Pseudonymen Weisthor und markuSS. Letzterer zeichnet auch für die Gestaltung verantwortlich. Um dem „Hauptanliegen“ der „politischen Aufklärung und Sensibilisierung“ gerecht zu werden, versuchen sie auf die „zumeist in Form von verschiedenen Musikbewegungen auftretenden jungen Bewegung über ‚Szenegrenzen‘ und Subkulturen“ hinweg einzugehen. Bewusst bietet das Fanzine eine breite Themenpalette an. Neben „klassischen“ Skinhead-Themen wie Konzert-, Platten- und Fanzine-Kritiken sowie Bandinterviews gibt es neonazistische Aktionsberichte von Aufmärschen im In- und Ausland und die üblichen neonazistischen Propagandatexte über NS-Größen und SS-Organisationen. In weiteren Artikeln werden faschistische Bewegungen in anderen Ländern, wie der KuKluxKlan, porträtiert und, wie mittlerweile in der neonazistischen Szene üblich, auch eigentlich links konnotierte „Befreiungsbewegungen“ wie die baskische ETA vorgestellt. Durchgängig wird in dem Fanzine ein manifester Antisemitismus und Rassismus propagiert. Meistens zieren NS-Zeichnungen die Titelbilder. In den Ausgaben wird regelmäßig auf die völkisch-okkulten Traditionen des Nationalsozialismus zurückgegriffen. So sind Texte zur SS-Ordensburg Wewelsburg, der vermeintlich heidnischen Kultstätte Externsteine, zur Runenkunde oder zum germanischen Stockkampf wiederkehrende Themen. Ab Nummer 3 veröffentlichte die Redaktion exklusiv die deutsche Übersetzung von „March Of The Titans“ des südafrikanischen Rassisten Arthur Kemp. Angesichts geringer Leserresonanz überlegt die Redaktion allerdings, die fortlaufende, 20seitige Textbeilage zur „Geschichte der weißen Völker aus rassistischer Sicht“ einzustellen. Gemäß dem Anspruch über die Szenegrenzen hinweg agieren zu wollen, versucht die Redaktion politisierbares Klientel in Subkulturen, bzw. rechte Akteure in diesen Szenen zu erreichen. Konzertberichte von extrem rechten Darkwave-Ikonen wie „Death In June“ und Boyd Rice/NON und Interviews mit Josef Klumb von „Forthcoming Fire“/ „von Thronstahl“ und Berichte vom jährlichen Wave-Gotik-Treffen in Leipzig weisen in die Darkwave- und Neofolkszene. Andere Interviews und Konzertberichte zielen auf das Black-Metal-Spektrum. In der ersten Ausgabe wird das Verhältnis zum Black Metal dargestellt. „Wahrer Black Metal hat im Grunde nicht viel mit Nationalsozialismus zu tun! [...] Lediglich die Feinde sind [...] die gleichen: Juden, Türken usw. [...] Die gemeinsamen Feinde zu bekämpfen, das sollte das Ziel sein und nicht sich gegenseitig an den Unterschieden und Gemeinsamkeiten fest zu machen“. Das weitergehende gemeinsame Ziel wird im Anschluss des Textes deutlich benannt: „Die Arische Weltherrschaft“. Das Blackmetal-Fanzine „Blutvergießen“ entdeckte bereits Gemeinsamkeiten und veröffentlichte auf acht Seiten ein Interview mit Redakteuren des „Förderturms“.

Cover des Blattes „Der Förderturm“

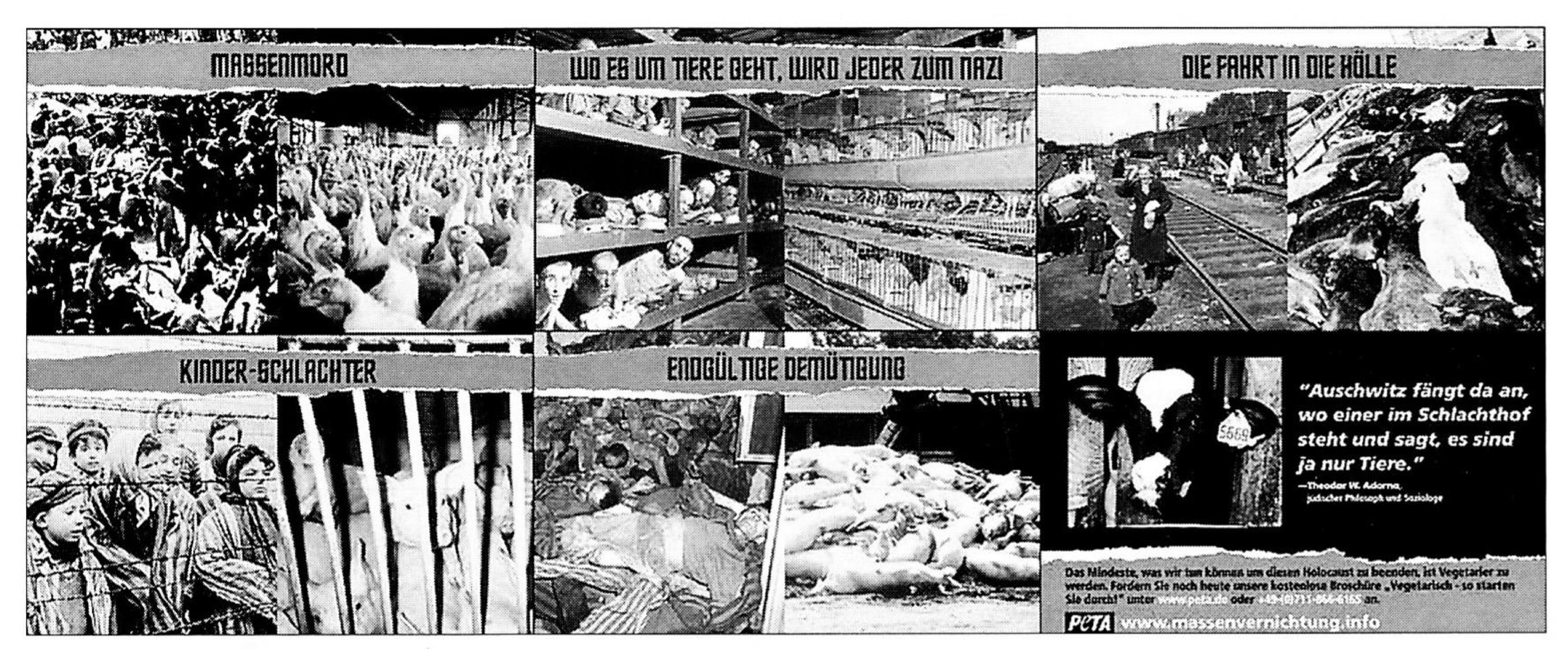
Dabei bemühen sich die Neonazis sich als Querdenker darzustellen. Sie würden auch „schon mal von der gängigen Meinung abweichen“, sagen sie und meinen, dass sie in der Neonaziszene selbst um den rechten Weg streiten. So hinterfragen sie die momentan einhellig geübte neonazistische Solidarität mit dem islamistischen Fundamentalismus, im „Kampf gegen USRAel“. Doch so tief seien die Gräben nicht. „Jede politischen Meinung“, so die Redaktion, „die sich für die Zukunft Deutschlands und das Überleben der weißen Rasse einsetzt“, hätte bei ihnen „ein Forum“. Jedoch weniger „die Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD). In dem Artikel „Gedanken zur Lage der Bewegung“ wird die NPD als „auf Systemlegalität bedachte Partei“ beschimpft und demgegenüber der „Leaderless Resistance“ der „Freien Kameradschaften“ als zukunftsweisender Ansatz gelobt. Im Netzwerk der Freien Nationalisten dürfte das Fanzine wohlwollend gelesen werden. Ihre Szene warnt die Redaktion bei allem aggressiven Neonazismus vor übereifriger Militanz. Ein „bewaffneter und terroristischer Widerstand“ böte, so die Redaktion, „dem Staat die willkommene Handhabe für weitere Exekutionsmaßnahmen“ (sic!).

PETA relativiert Shoah

In den letzten 20 Jahren erhielten sog. Tierrechtsgruppen in der Bundesrepublik z.T. großen Zulauf. Unter „Fortentwicklung" des „triple oppression"-Ansatzes der autonomen Linken wollen die TierrechtlerInnen in ihrem „unity of oppression"-Konzept Rassismus, Kapitalismus und Sexismus ein weiteres gleichwertiges Gewaltverhältnis hinzufügen - den sog. Speziezismus.

Von Tobias Ascher

Die Tötung von Tieren ist nach der Logik der TierrechtlerInnen genauso schlimm wie die von Menschen. Einher gehen die fanatischen Verlautbarungen der TierrechtlerInnen daher oftmals mit geschmacklosen Relativierungen der deutschen Verbrechen im Nationalsozialismus. Massentierhaltungen werden als Konzentrationslager – „Hühner-KZs" – bezeichnet; es ist vom „Genozid" an den Tieren die Rede.



Holocaust Kampagne der Organisation PETA

Eine besonders ekelhafte Geschichtsverfälschung wird jüngst von der Tierrechtsorganisation PETA („People for the ethical treatment of animals") betrieben. PETA ist laut eigenen Angaben die weltweit größte Tierrechtsorganisation mit über 800.000 Mitgliedern.

PETA eröffnete Anfang März 2004 in Stuttgart die Ausstellung „Der Holocaust auf dem Teller." Die Ausstellung umfasst u.a. acht Plakate, auf denen neben getöteten Tieren Bilder aus deutschen Konzentrationslagern abgedruckt sind. Peta möchte mit dieser infamen Relativierung der deutschen Verbrechen „anregen, über die Parallelen nachzudenken, wie man einerseits Juden, Zigeuner, Homosexuelle und andere zu Opfern machte, indem man sie während des Holocausts als `des Lebens unwürdiges Leben´ charakterisierte, und wie die moderne Gesellschaft andererseits Tiere missbraucht und ihr Abschlachten rechtfertigt."

Wer diese Kampagne menschenverachtend empfindet, offenbare, dass er die Leiden der Tiere missachte, verlautbart Harald Ullmann, Vizevorsitzender von PETA Deutschland.

Bedenken gegen eine Instrumentalisierung der Shoa haben die TierrechterInnen von PETA nicht, da „die Parallelen so eindeutig sind." PETA hätte ihre „Lektion aus dem Holocaust" im Unterschied zu ihren KritikerInnen gelernt.

Auch eine Unterlassungsverfügung des „Zentralrats der Juden in Deutschland" bringt die Verantwortlichen nicht zur Vernunft. Vielmehr werfen sie in einer Presserklärung Paul Spiegel, dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, der die Shoa mit Glück in Belgien überlebte, vor, aus dem Holocaust nichts gelernt zu haben.

PETA will sich auch von einem Zentralrat der Juden nicht mit „Ausreden" von ihrem Ziel abhalten lassen, die Shoa als „Werbemittel" im Kampf gegen den „Speziezismus" einzusetzen.

Absurd on tour

Nachdem bereits am 24.01.2004 die NS-Black-Metal-Band (NSBM) „Absurd" auf einem Konzert mit „Totenburg" (Gera) und „Tyskland" bei Nürnberg gespielt hatten, traten sie als „Überraschungsgast" beim „Black Hate Festival" am 28.02.2004 bei Diesdorf auf. Dabei handelte es sich um eine Veranstaltung des kleinen Black-Metal-Label „Black Hate Prod." (Kunrau), hinter dem Alexander Grosche (Jahrstedt) steht. Das Konzert eröffnete an diesem Abend die NSBM-Band „Magog" (Pirna), die während des Auftritts sorgsam von der Security, dem „SelbstSchutz Sachsen-Anhalt", abgeschirmt wurde. Es folgte die französische NSBM-Band „Ad Hominem". Ihr Auftritt wurde vorgezogen, da vor dem Grundstück mittlerweile Polizei aufgefahren war. Diese beließ es jedoch dabei, den zu spät angereisten Gästen den Eintritt zu verwehren und ihnen Platzverweise zu erteilen. So konnten gut 200 Besucher im Saal die französische Band feiern, zu deren Repertoire Songs gehören wie „Auschwitz rules". Im Anschluss folgte der Auftritt der Nordhausener Band „Eternity". Die angekündigte Band „Totenburg" spielte indes nicht, sondern unterstützte lediglich Ronald Möbus aka Wolf bei seinem Auftritt mit „Absurd", der, von den Anwesenden bejubelt, den Abschluss des Abends bildete. Die zwei absolvierten Auftritte der Bands sollen aber nur die Deutschland-Konzerte einer Europa-Tournee sein.

RechtsRock-Konzert in Gelsenkirchen

Etwa 200 Gäste ließen sich am 24. April in Gelsenkirchen-Schalke unter starkem Polizeischutz „Livemusik in gemütlicher privater Atmosphäre" nicht entgehen. „115. Glatzen-Geburtstagsparty" hatte es zuvor in Anspielung auf den vier Tage zurückliegenden 115. „Führergeburtstag" für kurze Zeit auf einer Skinhead-Homepage im Internet geheißen, bei Nennung des genauen Austragungsortes. Organisiert wurde das Konzert offenbar vom Gelsenkirchener Szene-Laden „Viking-Ship". Auf der Bühne gaben sich die Bands „Kerusker" aus Bochum und „Faustkampf" die Ehre. „Schade das Sturmwehr und Oidoxie nicht aufgetreten sind", äußerte sich ein Besucher im Internet. Immerhin war zuvor „Jens B. (Sturmwehr)", also ein Soloauftritt des Gelsenkirchener Jens Brucherseifer, angekündigt worden.

Auf Abruf

Schills Parteien schillern weiter

Der Lautsprecher der rechtschaffenen Bürger ist ruhiger geworden. Still und leise bereitet Ronald Schill seine Ausreise nach Uruguay vor. Nur auf Anfrage der Medien erzählt der sich sonst von sich aus der Presse Zuwendende: „Im September werde ich das Land verlassen".

Von Andreas Speit



Uruguay-Urlauber: Ronald Schill

Schon während des Hamburger Bürgerschaftswahlkampfs im Frühjahr 2004 verkündete Schill, wenn er nicht wieder in die Bürgerschaft einzöge, würde er ausreisen. Nach den ersten Hochrechnungen am Wahlabend, die offenbarten, dass der Spitzenkandidat der „Pro DM/Schill-Partei" mit 3,1 Prozent der Stimmen an der Fünf-Prozent-Hürde scheitert, wurde das Versprechen wiederholt. Nun hält er Wort. Freunde würden ihn zunächst in der südamerikanischen Hauptstadt Uruguays, Montevideo, erwarten. Dann will er „Land und Leute kennen lernen und mal schauen, ob sich da irgendwo günstig leben lässt". Finanzielle Sorgen muss sich Hamburgs Ex-Innensenator kaum machen. Bis Mitte 2005 bekommt der selbsternannte Vertreter des „einfachen Mannes" ein Übergangsgeld von 12.7000 Euro monatlich.

Ökonomische Sorgen hat auch die „Pro DM/Schill-Partei" nicht - nicht nur wegen ihres millionenschweren Parteichefs Bolko Hoffmann. Allein die Wahlkampfkostenrückerstattung wird die von Hoffmann ausgelegten Gelder begleichen. Dennoch ist der unumstrittene Parteivorsitzende aus Düsseldorf unzufrieden. Wegen „massiver Behinderung" im Wahlkampf lässt er die Wahl juristisch anfechten, da die „meisten Wahlplakate mit Schill" zerstört worden seien. Schuld hätte der mit 47,2 Prozent wiedergewählt Hamburger CDU-Bürgermeister Ole von Beust, der in einem Interview meinte, froh über jedes Plakat zu sein, das er nicht sehe. Sollte die Anfechtung gelingen, räumt Schill ein, würde er wieder in die „politische Entwicklung Hamburgs" eingreifen wollen. Der Landesverband sei schließlich auch sehr aktiv und gründe neue Bezirksverbände. Aber sonst sei sein Aufenthalt in Südamerika „unbegrenzt". Die von ihm einst in die Landesregierung geführte Partei erwähnt er nicht.

Der am 8. März auf der Bundesvorstandssitzung der Partei Rechtsstaatliche Offensive (Offensive D) in Hannover neu gewählte Parteichef Markus Wagner hielt Schill indes immer die Treue. Laut Gerüchte hätte er auch gern wieder mit Schill geredet. Denn trotz der katastrophalen Wahlresonanz von 0,4 Prozent der Stimmen für die Offensive D verbreitet der Vorsitzende aus Bad Oeynhausen Optimismus. „Auflösungserscheinungen" seien nicht festzustellen, beteuert er. Die Wahlkampfkostenrückerstattung dürfte aber kaum die Kosten decken. Nur „diejenigen, die den katastrophalen Werdegang der Partei mitzuverantworten" hätten, seien „endlich ausgetreten" sagt Wagner und meint die beiden Spitzenkandidaten Mario Mettbach und Dirk Nockemann. Die ehemaligen Senatoren verließen nach der Wahl die Partei. „Mit opportunistischen Bücklingen" gegenüber der CDU, wettert er, müsste sowieso „endlich Schluss" sein. Ganz der neuen Linie entsprechend gratulierte die Offensive D denn auch dem „FPÖ-Politiker Jörg Haider". Dessen Wahlerfolg hätte bewiesen, „dass freiheitliche Politik durchaus auch in Deutschland mehrheitsfähig" sei und nicht als „rechte Politik diffamiert und tabuisiert" werden dürfe.

Rechte Kandidaturen in Ba-Wü

Zur baden-württembergischen Kommunalwahl am 13. Juni werden die Stuttgarter „Republikaner" mit Dr. Rolf Schlierer (49) antreten. Der REP-Bundesvorsitzende tritt auf Platz 2 der Kommunalwahlliste hinter dem Spitzenkandidaten und Gruppensprecher der Stuttgarter REP-Gemeinderäte Dieter Lieberwirth an. Neben Lieberwirth sind die REP seit 1999 durch die Schlierer-Schwester Sabine Johnson (Platz 4) und Erwin Joos (Platz 10) in der baden-württembergischen Landeshauptstadt vertreten. Wahlziel der „Republikaner" ist es, mindestens ein Mandat hinzuzugewinnen, um den attraktiveren Fraktionsstatus zu erhalten. Der seit 1994 amtierende REP-Bundesvorsitzende Schlierer erwägt außerdem eine Kandidatur zur Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl am 10. Oktober. Seine OB-Kandidatur hingegen bereits angekündigt hat mit Walter Weiblen (48) der Kandidat der „Partei Bibeltreuer Christen" (PBC). Der schwäbische Pietist, Unternehmensberater und Bundestagswahlkandidat gehört dem 30 Mitglieder starken Stuttgarter Kreisverband der PBC seit 2000 an. Auf Bundesebene hat die im badischen Karlsruhe beheimatete bibelfeste Partei 5.300 Mitglieder.

Nazi-Formation in Dresden

Selbst der sächsische Verfassungsschutz warnt inzwischen vor einer „neuen rechtsextremistischen Gruppierung". Landesamtspräsident Stock sagte laut MDR, Mitglieder der Parteien DVU, NPD und „Republikaner" (REP) hätten sich zu einem „Nationalen Bündnis Dresden e.V." zusammengeschlossen. Tatsächlich tritt der Verein bei der Kommunalwahl am 13. Juni mit eigenen Kandidaten für das Dresdner Stadtparlament an. Stock bezeichnete das Bündnis als bundesweit einmaligen Fall. Bisher hätten rechtsextremistische Parteien immer auf ihre Eigenständigkeit geachtet. Von den Kandidaten gehören acht zur neonazistischen NPD (darunter das Bundesvorstandsmitglied Holger Apfel), drei zur „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen" (darunter auch Alexander Kleber), drei zu den REP sowie drei zur DVU. Der Nazi-Verein hat bereits mehr als 100 Mitglieder und tritt in allen 13 Dresdner Wahlkreisen an. Eine Wahlkampfzeitung, deren Finanzierung durch Mitgliedsbeiträge und Spenden gesichert sei, soll mit einer Auflage von 200.000 Exemplaren an die Haushalte verteilt werden. Zu einer Wahlveranstaltung am 15. Mai werden in der NPD-Zeitung „Deutschen Stimme" Udo Voigt (NPD-Parteivorsitzender), Frank Rennicke und Jens (Sturmwehr) angekündigt, was die Hegemonie der NPD innerhalb des „Bündnisses" unterstreicht. Bei entsprechendem Erfolg darf bundesweit auch in anderen Städten mit derartigen Bündnissen gerechnet werden.

Identitäre Mythen

Reflektionen zu der Erinnerungspolitik der Freien Nationalisten

Die Vorbereitungen der Freien Nationalisten laufen bereits. Am 13. November 2004 wollen die Kameradschaften unter dem Motto „Ruhm und Ehre dem deutschen Frontsoldaten" in Halbe der „Helden der Wehrmacht und Waffen-SS" gedenken. Sechzig Kilometer südlich von Berlin planen der „Freundeskreis Halbe" und das „Ehrenkomitee 8. Mai" in der kleinen brandenburgischen Gemeinde mit dem größten deutschen Soldatenfriedhof aufzumarschieren. Nur ein Moment der Gedenk- und Erinnerungspolitik der Freien Nationalisten, bei dem politische Mythen die politische Identität mit festigen sollen.

Von Stephan Lindke & Andreas Speit



Seit 1997 entwickeln die Kader der Freien Nationalisten wie Christian Worch, Thorsten Heise und Thomas Wulff verschiedenste Aktionen in der Öffentlichkeit zu unterschiedlichen Gedenkanlässen. Beschränkten sich die Neonazis in ihrer Erinnerungs- und Gedenkpolitik bis zu den ersten Auseinandersetzungen in der „Mitte der Gesellschaft" um die Ausstellungen des „Hamburger Instituts für Sozialforschung" (HIS) zu den Verbrechen der Wehrmacht vor allem auf die öffentliche Ehrung des Adolf-Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß, erweiterten sie diese Deutungskämpfe der Geschichtsdarstellung unter anderem um die sichtbare Würdigung der „Heldentaten der Wehrmacht und Waffen-SS" und um die Erinnerung an die „Leiden der deutschen Bomben- und Vertreibungsopfer". In den Fanzines der Freien Nationalisten, ob im inzwischen eingestellten „Zentralorgan" oder dem „Förderturm", bereiten die Autoren in Texten diese Themen für die „Bewegung" mit vor. Mal wird ein „Held der kämpfenden Generation" bzw. der „Erlebnisgeneration" zu seinen Heldentaten befragt, mal über eine „große Schlacht" berichtet, oder über den „Bomben-" und „Vertreibungsholocaust" schwadroniert. Altbekannte neonazistische Mythen von den „deutschen Heldentaten" und dem „deutschen Leid" werden so im Kontext des neuen deutschen Opfer-Täter-Diskurs neu konzipiert. In den letzten Jahren knüpften die Neonazis nicht nur an den Helden- und Totenkult des Nationalsozialismus an, sondern greifen auch aktuelle Erinnerungs- und Gedenkdebatten der Bundesrepublik auf. So, wenn die Aktionsbüros zu einer Beteiligung bei den Gedenkveranstaltungen für die Opfer der Bomben in Dresden am 13. Februar 2003 oder zu einen Aufmarsch anlässlich des „angloamerikanischen Bombenterror" in Hamburg am 28. Juli 2003 aufrufen. Diese Tendenz bedingt, dass sie ihre Idealisierung des Nationalsozialismus auf aktuelle Debatten abstimmen. Solche geschichtspolitischen Konglomerate gelingen ihnen am besten bei themennahen Debatten, in denen schon mögliche Aspekte ihrer angestrebten Geschichtsinterpretation virulent sind. In der „Flugschrift" des „Aktionsbüro Norddeutschland" anlässlich des Marsches gegen die HIS-Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944" am 31. Januar dieses Jahres schreiben die Autoren mit Bezug auf die Debatte um die Thesen von Norman G. Finkelstein „wie das Leiden der Juden (durch Juden) ausgebeutet wird": In der „Überprüfungskommission" der Ausstellung hätten „ausschließlich Vertreter jener Historikerzunft gesessen, die von manchen Geschichtswissenschaftlern [...] als Teil der Holokaust-Industrie erkannt worden" seien. Die Autoren spielen mit der Schreibweise des Holocausts mit K auf die Diskussion des ZDF-Chef-Historikers Guido Knopp an, der mit dieser „Eindeutschung" den historischen Kontext von Auschwitz hervorheben will. In dem Flugblatt wird der jüdische Einfluss bei dem „geistig-moralischen Vernichtungsfeldzug" gegen „uns Deutsche" beklagt und zum „notwendigen Widerstand" aufgerufen. In dieser Argumentation offenbart sich sogleich die ideologische Beschränktheit und die politische Erweiterung. Denn sie bestätigt die Affinität neonazistischer Konzepte zu den mythischen Figuren aus dem Ideologiefundus des Nationalsozialismus: von antideutschen Verschwörungen und jüdischen Zersetzungskräften über rassische Höherwertigkeit und ewigwährendem Tatendrang bis hin zu heldenhaften Kämpfen und berufenen Eliten. Diese Mythen raunen seit Beginn (1871) in der organisierten extremem Rechten. Die „Freien Kameradschaften" beziehen sich jedoch ausschließlich auf die vollständige Überhöhung und sinnhafte Aufladung dieser Figuren in der Tradition des Nationalsozialismus. Zwei Ansätze fallen in dem Geschichtsbild zusammen: einerseits die Idealisierung der Mythen des Nationalsozialismus vom Germanentum über den Arbeitsethos bis zum Blut-und-Boden-Kult, anderseits die Glorifizierung des Nationalsozialismus selbst - von Adolf-Hitler- und Rudolf-Heß-Verehrung

Kranzniederlegung zum „Volkstrauertag" am 15.11.2003 in Halbe nach dem Aufmarsch vor dem Soldatenfriedhof
Oben: Nordischer Jugendsturm aus MV beim Halbe-Aufmarsch.

über Autobahnbau und Blitzkrieg bis zum „Ehrenschutz von Wehrmacht und Waffen-SS“. „Eine Politik ohne mythische Letztendbegründung ist gar nicht möglich“, mahnt der neurechte Theoretiker Karlheinz Weizmann in „Criticón“. Wer heute in der Demokratie wirkungsvoll Politik machen wolle, erklärt er schon 1988 in dem neurechten Magazin, müsse zu den mythischen Grundwahrheiten zurückkehren und sie glaubhaft und möglichst mitreißend verkörpern. Der Appell des Neurechten beschreibt die Orientierung der Altrechten. Neben das ideologische tritt bei den Neonazis das aktionistische. Das neonazistische Geschichtsbild wird einerseits durch „theoretische“ Texte und Artikelserien in den einschlägigen Fanzines transportiert, andererseits durch eine permanente spezifische Einübung manifestiert. Der Mythos wird hierbei mittels der Kulte und Rituale von Aufmärschen zur Würdigung Heß um dessen Todestag am 17. August oder dem Putzen von Kriegerdenkmälern um den 8. Mai weiter fundiert. Durch dieses kollektive Erinnern entsteht eine spezifische Identität der „Freien Kameradschaften“, die sie zu politischen Akteuren mit historischer Mission werden lässt. Das Erinnern ermöglicht nicht nur die theoretische Identifikation, sondern auch die politische Handlungsanweisung. Sei es für den Kameraden so standhaft zu bleiben wie Heß, oder für die Kameradin so treu zu sein wie die deutschen Soldatenmütter. Dass die dazu nötigen Schlagwörter, Begriffsketten, Liedstrophen oder Schlüsselbilder weder theoretisch stringent, noch historisch korrekt sind, dekonstruiert die Mythen nicht. Sie verstärken vielmehr den Habitus der in sich geschlossenen Gruppe, die der wahrhaftigen Wahrheit ewig treu bleibt. Die politische Reproduktion der Mythen garantiert den Neonazis eine traditionelle Identität und kulturelle Kontinuität von Volk, Rasse und Nation. Durch die permanente Wiederholung bestimmter Rituale wird eine Erinnerungs- und eine Erlebnisgemeinschaft erzeugt, die die einzelnen Mitglieder an die Gemeinschaft bindet. Solch eine identitäre Erinnerungs- und Geschichtspolitik bedarf der vermeintlich authentischen Orte, Zeichen und Figuren, die als solche entworfen werden müssen. Die Kesselschlacht von Halbe am 15./16. April 1945 wollen Worch und Wulff als solch einen Ort entwickeln.

Ausgebombt und vertrieben

Hintergrund und politische Dimension der neu-deutschen Opferrolle

Von Rolf Surmann

Heute könne endlich ausgesprochen werden, über das zu sprechen sich über Jahrzehnte kaum jemand getraut habe, was aber jeder in sich trage: das Leid, das der deutschen Bevölkerung durch Krieg, Vertreibung und Zwangsarbeit zugefügt worden sei. Seit einigen Jahren ist dies der Tenor, der den Leitartikel der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ ebenso prägt wie die zeitgeschichtlichen Soaps eines Guido Knopp. Wenn es Platz und Umstände erlauben, wird noch gerne hinzugefügt, gerade an der Fähigkeit, „eigenes Leid“ zu thematisieren, werde die gelungene Aufarbeitung der deutschen Geschichte exemplarisch deutlich. Mehr noch: Was ein Günter Grass der Nation literarisch präsentiere, könne von den Gestalten am rechten Rand nicht mehr ideologisch und politisch mißbraucht werden.

Was in diesem Denkansatz als „Freiheit der Erinnerung“ präsentiert wird, ist tatsächlich ihre völlige Unterdrückung. Denn die Geschichte seit 1945 war immer von der Vorstellung bestimmt, die wahren Opfer des Nazismus seien die Deutschen selbst. Wer meint, diese Feststellung sei überzogen, sehe sich die erste Regierungserklärung von Bundeskanzler Adenauer aus dem Jahr 1949 an. Von großem Leid war in ihr die Rede. Ausgebombten, Kriegsgefangenen, Vertriebenen und selbst von den Alliierten Verurteilten wurde Unterstützung zugesagt, eine Menschengruppe jedoch mit keinem Wort erwähnt: Opfer und Verfolgte des NS-Regimes. Entsprechend forderte man die „deutschen Ostgebiete“ zurück, die NS-Verbrecher wurden aus den Gefängnissen geholt und 1955 die letzten Kriegsgefangenen in der UdSSR befreit. Was für die NS-Verfolgten getan wurde, geschah wesentlich aufgrund alliierten Drucks – so sehr, dass der Bundesrepublik Anfang der 50er bei der Übertragung wesentlicher Souveränitätsrechte im „Überleitungsvertrag“ sogar die Minimalstandards vorgeschrieben wurden, nach denen sie die bundesweite Entschädigungsgesetzgebung zu konzipieren habe. Minister Seebohm aus dem Kabinett Adenauer brachte die damalige Sichtweise mit der Bemerkung auf den Punkt, er habe nichts gegen die Entschädigung der Juden, sofern die Weltöffentlichkeit bereit sei, das den Vertriebenen zugefügte Unrecht wiedergutzumachen.

Die Selbstwahrnehmung dieser Gesellschaft als Opfer ist also keinesfalls neu, wohl aber – neben den gesellschaftlichen Bedingungen - die Form, in der dies geschieht. Generell wird „68“ als der mittlerweile auch kritisch bewertete Ausgangspunkt für ein gewisses Abrücken von der Ideologie der 50er Jahre angesehen. So argumentieren Daniel Levy und Natan Sznaider, das bisher übliche Verständnis von deutschen Opfern sei als Relikt überkommener nationalistischer Traditionen zurückgewiesen und damit alle Versuche abgewehrt worden, die Grenzen zwischen deutschen und nicht-deutschen Opfern zu verwischen. Sie ziehen hieraus die Schlußfolgerung: „Diese Kritik und der Vorwurf, ein solch selektives Gedächtnis trage zur Relativierung des Holocaust bei, führte zu einer Tabuisierung deutschen Leidens im öffentlichen Diskurs.“ (Erinnerung im globalen Zeitalter, Ffm. 2001, S. 115)

Sieht man von der Wirkungsmacht einmal ab, die „der Linken“ in diesem Zusammenhang zugeschrieben wird, so überrascht die Begrifflichkeit. Es konnte doch nicht um die Feststellung gehen, ob Deutsche oder Nicht-Deutsche als Opfer gelten, sondern um die Zurückweisung der Täter-Attitüde, sich als Opfer aufzuführen und damit die begangenen Verbrechen zu negieren.

In gewissem Umfang gelang dies auch, zumal im Verlauf der Jahrzehnte die Notwendigkeit schwand, die integrierte NS-Täter-Technokratie – Ärzte, Beamte, Wissenschaftler oder Juristen – zu schützen. Im Zuge der von der sozialliberalen Regierung betriebenen „neuen Ostpolitik“ war es natürlich auch nicht möglich, die revanchistische Politik der 50er Jahre ungebrochen fortzuführen. Die Vertriebenen-Verbände zum Beispiel standen deshalb vor der Notwendigkeit einer neuen Standortbestimmung, die sie nicht zuletzt durch den verstärkten Schulterschluß zwischen etlichen ihrer Alt-Nazi-Funktionäre und den jugendlichen Neo-

Nazis zu überwinden hofften. Als „fünfter Stamm Bayerns" konnten sie sich so behaupten, der Platz in der „Mitte" der Gesellschaft ging ihnen allerdings verloren.

Mit dem Zusammenbruch der sowjetisch dominierten Nachkriegsordnung in Osteuropa wurden die Karten neu gemischt. In geschichtspolitischer Hinsicht gelang es der deutschen Regierung, im 2+4-Vertrag als De-facto-Friedensvertrag die offenen Reparationsforderungen und damit auch die Rechtsansprüche der NS-Opfer außerhalb Deutschlands aus den Verhandlungen heraus zu halten. Sie selbst forderte jedoch deutsche Kulturgüter zurück, die von der Sowjetunion als Kompensation für die rassistische Raubpolitik und das völkerrechtliche Verbrechen, sowjetischen Boden als „verbrannte Erde" zu hinterlassen, beschlagnahmt worden waren. „Beutekunst" ist seitdem ein Schlagwort für den Paradigmenwechsel, nach dem deutsche Forderungen als rechtsstaatlich legitimiert erscheinen sollen, während man selbst unter die entschädigungspolitischen Verpflichtungen und damit unter die Verantwortung für die NS-Verbrechen längst einen Schlußstrich gezogen hat.

In der Kontroverse über die Entschädigung für NS-Zwangsarbeit wurde entsprechend versucht, die über Jahrzehnte übergangenen Opfer unter dem Stichwort Holocaust-Industrie als Betrüger zu Tätern zu stempeln. Aus dem DDR-Erbe übernahm man den Dresden-Kult – nicht mehr als Anklage gegen die Kriegsverbrechen des Kapitalismus, sondern als Menschenrechtsverletzung der zu weltpolitischen Konkurrenten gewordenen Alliierten. Damit war vor der Weltöffentlichkeit ein historischer Rollentausch vollzogen: der seit 1945 Angeklagte war selbst zum Ankläger geworden.

Der Rollenwechsel fiel um so leichter, als mit der partiellen Thematisierung der NS-Verbrechen seit den 1960er Jahren der Holocaust nicht mehr abgewehrt zu werden brauchte, sondern in die Nationalgeschichte integriert wurde. Sichtbarer Ausdruck dieses Wandels ist das Stelenfeld in Berlin. Damit war nicht nur Helmut Kohls Traum, den Bruch in der deutschen Nationalgeschichte zu beseitigen, in Erfüllung gegangen, sondern die deutsche Gesellschaft konnte sich auch an der von der US-Regierung angestoßenen Debatte beteiligen, nach dem Ende des Kalten Krieges mit dem Holocaust-Code eine menschenrechtsorientierte Interventionsideologie als neues westliches Leitbild zu formulieren.

Der Preis hierfür ist die Entkontextualisierung des Holocaust und damit seine politische Interpretierbarkeit. Auf dieser Grundlage war auch generell die Neuaufnahme alter deutscher Forderungen möglich. Wenn in Ex-Jugoslawien deutsches Militär gegen die Politik der Vertreibung eingesetzt wird, warum sollen dann zum Beispiel deutsche Vertriebene vertrieben bleiben? Was früher als Revanchismus auftrat, wird jetzt als Forderung nach Menschenrechten reformuliert. Die Neuordnung Europas im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft schafft dabei den Hebel, um entsprechende Ansprüche geltend zu machen. Dabei geht man arbeitsteilig vor. So soll das geplante „Zentrum gegen Vertreibungen" in Berlin die ideologische Legitimation schaffen, während der neu gegründeten „Preußischen Treuhand" die Durchsetzung der konkreten Ansprüche zufällt. Die Einbindung von Persönlichkeiten wie Peter Glotz oder Ralph Giordano in diesen Neo-Revanchismus macht deutlich, daß die Vertriebenenverbände mit dieser Politik wieder in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind.

Diese Konsequenzen aus den NS-Verbrechen gegen die Menschheit sind Ausdruck ihrer fehlgeschlagenen Aufarbeitung. Äußerungen von Vertriebenenfunktionären und ihres politischen Umfelds belegen unmittelbar deren Unvermögen bzw. deren mangelnde Bereitschaft, die deutsche Geschichte zu begreifen. So sprach Frau Steinbach mit revisionistischem Gestus von „Zwangsarbeits- und Vernichtungslagern für Millionen von Deutschen" in Polen, der Tschechoslowakei und Jugoslawien. Ihr hessischer Noch-Parteikollege Martin Hohmann nahm sich parallel hierzu der für ihn wirklich „vergessenen Opfer" an und forderte von der Bundesregierung statt der Zahlungen an jüdische und andere NS-Opfer eine „Initiative für deutsche Zwangsarbeiter", der zumindest die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mittlerweile auch nachgekommen ist. Erscheint die neue deutsche Opferrolle auf den ersten Blick vor allem als eine erinnerungspolitische Fehlleistung, so erweist sie sich im Kontext der neuen Stellung Deutschlands in der Welt als Baustein einer neuen hegemonistischen Ideologie. Sie ist zwar erst in Grundzügen ausformuliert und gilt noch in mancher Hinsicht als minoritär, doch wird man auf einen neuen „Historiker-Streit" wohl nicht mehr lange zu warten brauchen.

Prozess wegen Brandanschlag

Seit dem 7. April läuft vor dem Landgericht in Stuttgart ein auf fünf Verhandlungstage angesetzter Prozess gegen vier ehemalige Skinheads aus Backnang (Rems-Murr-Kreis). Den Angeklagten im Alter von 17 bis 23 Jahren wird vorgeworfen, über 40 Straftaten wie gemeinschaftlicher versuchter Mord, versuchte Nötigung, Sachbeschädigung, Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Volksverhetzung begangen zu haben. Trauriger Höhepunkt ihrer Aktivitäten in den Jahren 2002 und 2003 war ein Brandanschlag auf eine Asylbewerberunterkunft in Marbach-Rieglingshausen (Kreis Ludwigsburg) im Oktober des vergangenen Jahres, bei dem ein Bewohner verletzt wurde.

Die Angeklagten Jochen Stephan (23), Sebastian B. (17), Paul S. (18) und Jockschas (20) wollen sich nach eigener Angabe aus der überdurchschnittlich starken rechtsextremen Szene des Rems-Murr-Kreises lösen bzw. gelöst haben.

Jahrelange Haft für Freiberger Brandstifter

Die berufslosen Angeklagten Mario Feldmann und Dominik Kussmann haben gestanden, aufgrund ihrer rassistischen Gesinnung am 18. Juli 2003 gegen 1.00 Uhr zwei Brandsätze gegen das Freiberger Asylbewerberheim in der Chemnitzer Straße geworfen zu haben. Ein Fliegenschutzgitter im 2. Stock brannte völlig ab.

Aufgrund ihrer ausländerfeindlichen Gesinnung, ihrem heimtückischen Vorgehen und ihren niederen Beweggründen mit dem Wissen, dass in dem Heim Menschen schlafen, lautete die Anklage gemeinschaftlich versuchter Mord und versuchte schwere Brandstiftung. Gegen Mario Feldmann gab es noch eine zweite Anklage mit dem Vorwurf der räuberischen Erpressung mit gefährlicher Körperverletzung.

Nach Verlesung der Anklage durch Staatsanwalt Butzkies fand am 23. März eine lange Besprechung der Kammer mit Staatsanwalt, Nebenklageanwältin und Verteidigern statt. Da die Angeklagten geständig waren, wurde auf die Vernehmung der Zeugen verzichtet. Beide Angeklagten hatten bereits Eintragungen wegen gefährlicher Körperverletzung im Strafregister. In psychologischen Gutachten wurde beiden bescheinigt, Alkohol abhängig zu sein.

Kussmann wurde zu einer Jugendstrafe vom 5 Jahren und 7 Monaten verurteilt, Feldmann zu einer Jugendstrafe von 4 Jahren und 4 Monaten. Für beide wurde die Unterbringung in einer Regelmaßnahme (Entziehungsanstalt) für die Zeit von 2 Jahren angeordnet, danach weiterhin Haft. Feldmann wurden die Kosten der Nebenklage und seine eigenen notwendigen Auslagen (Verteidiger) auferlegt. Die Haftbefehle für beide blieben aufrecht erhalten. Da beide Seiten auf Rechtsmittel verzichteten, war das Urteil sofort rechtskräftig.

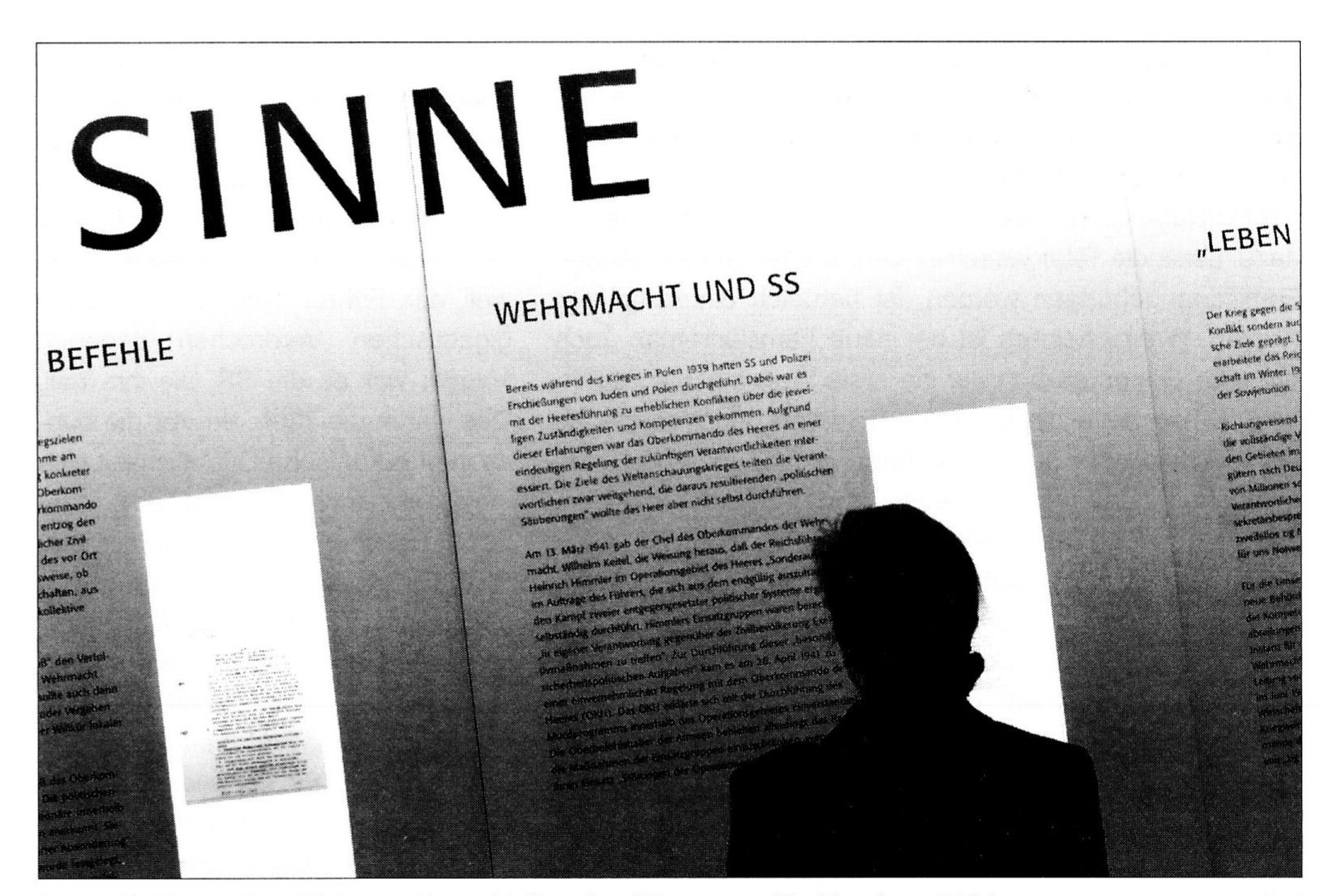
„Vom Verschwinden der Täter“

Auf 1.433 Fotos konfrontierte die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ die Besucher mit den Tätern in Wehrmachtsgrau. Knapp vier Jahre später, 1999, zog das „Hamburger Institut für Sozialforschung“ (HIS) die Ausstellung, welche die Legende von der „sauberen Wehrmacht“ zerstörte, zurück. Etwa 20 Bilder hatten die Historiker um Hannes Heer falsch zugeordnet. Als Leiter des HIS untersagte Jan Philipp Reemtsma den Autoren „jede öffentliche Stellungnahme“. In seinem neuen Buch kritisiert Heer das Konzept der neuen Ausstellung, weil sie sich in den momentanen Geschichtsdiskurs „Taten ohne Täter“, einbetten würde und reflektiert den geschichtspolitischen Rollback der Entschuldung der Deutschen.

Das Interview für die Zeitschrift DER RECHTE RAND führte Andreas Speit.

DRR: Das Bildgenre der privaten Landserfotos fehlt in der Ausstellung, nicht aber die Bilder von Hinrichtungen. Dennoch, betonen Sie, seien durch dieses „nicht mehr Zeigen“ die Täter verschwunden.

H.H.: Das Erscheinen dieses Genre der Privatfotos bezeichnet in der Erinnerungskultur eine Zäsur. Neben dem Holocaust in den Vernichtungslagern, der seltsam bildlos wie ein metaphysisches Geschehen begriffen wurde, taucht jetzt der Holocaust auf freiem Feld auf, in den besetzten Gebieten der Sowjetunion - mit den Fotos von Tätern und Opfern. Indem die neue Ausstellung diese Fotos, von denen Millionen in den privaten Fotoalben der Soldaten aufbewahrt wurden, als unsichere Quelle aussortiert, kehrt sie zu einer Geschichte der Wehrmacht und der darin verantwortlichen Eliten zurück.



Letzte Eröffnung der „Wehrmachtsausstellung“ auf Kampnagel in Hamburg 2004

DRR: Die Brisanz der von Ihnen konzipierten Ausstellung lag in der Darstellung der potenziellen Verbrechen des jedermanns Mann, Vater, Bruder oder Onkel...

H.H.: Das ist ja eine sehr zutreffende Formulierung von Herrn Reemtsma gewesen, als er noch hinter dieser Ausstellung stand: Mit den Verbrechen des Jedermann sind die Taten oder Millionen ganz normaler Deutscher gemeint. In der neuen Ausstellung tauchen stattdessen als Verantwortliche nur ein paar hundert Generäle auf, deren Porträts an jedem Verbrechenskomplex erscheinen. Die bewaffnete Volksgemeinschaft verschwindet so aus der Nähe des Völkermords.

DRR: Sie betonen,, dass die „Fusion von Volk und Führer“ ausgeblendet würde.

H.H.: Dass die Wehrmacht an den genozidalen Verbrechen beteiligt war, hatten schon die Nürnberger Prozesse und später exakter die kritische Militärgeschichte gezeigt. Das Provokante an unserer Ausstellung war erstens die These, dass die Stunde Eins des Holocaust in den besetzten Gebieten begonnen hatte und dass die Wehrmacht in arbeitsteiliger Weise an diesem Mord beteiligt war. Und zweitens der Nachweis, dass sich nicht nur fanatische Nazioffiziere, sondern auch die Truppe an dem massenhaften Mord beteiligte. Insofern warfen wir die Frage nach der Mentalität der Soldaten auf. Die Antwort war, die mittlerweile von der Forschung erhärtete und differenzierte, dass Antisemitismus und Antibolschewismus - also ein sehr rabiater Rassismus - den Völkermord möglich gemacht habe.

DRR: „Die These steht“, betont Reemtsma.

H.H.: Die These, dass die Wehrmacht Verbrechen begangen hat, ja. Aber die eben erwähnten weitergehenden Thesen sind nicht mehr zu finden. Offensichtlich ging es dem HIS nur darum die nationalkonservative Kritikermeute, um Horst Möller, Peter Gauweiler und so weiter, still zu stellen. Da geht es nicht mehr um Wissenschaft, da geht es um Politik.

DRR: Die Wortwahl klingt nach persönlicher Abrechnung.

H.H.: In meinem Buch geht es nicht um eine Abrechnung mit Herrn Reemstma, der taucht gerade mal in einem Kapitel auf. Es geht vielmehr darum zu zeigen, wie sich durch die ganze Geschichte der Bundesrepublik das Bemühen hindurchzieht, statt die wirkliche Vergangenheit zu akzeptieren, sich eine passende Vergangenheit zu konstruieren.

Dazu gehört, die Täter zum Verschwinden zu bringen. In der Literatur bemühten sich schon in den 50er Jahren alte Nazi-Eliten und neue Kalte Krieger diesem Zusammenhang in den Werken von Heinrich Böll und Erich Maria Remarque keinen öffentlichen Raum zu geben. Bölls „Kreuz ohne Liebe" wurde erst Jahrzehnte später, im Jahre 2002, veröffentlicht, Remarques Buch „Zeit zu leben und Zeit zu sterben" umlektoriert, damit die Wehrmacht entlastet wird und die Täter nicht als Täter erscheinen. Ohne direkte Eingriffe der Verlage gehen indes gerade in den jüngst erscheinenden Familienromanen Töchter und Enkel einen fiktiven Dialog mit ihrem Vater oder Großvater ein, um eine Versöhnung herzustellen, die von dem Wunsch ausgeht das Geschehene ungeschehen zu machen.

DRR: Uwe Timms „Am Beispiel meines Bruder" läuft diesem Rollback entgegen. In ihrem neuen Buch beschreiben sie genau diese gegensätzliche und ineinandergreifenden Debatten...

H.H.: Natürlich gibt es Gegenbeispiele: Uwe Timm gehört dazu. Dass die Täter verschwinden, wieder zu geschätzten Familienangehörigen werden, ist natürlich ein komplexer Prozeß. Wahrscheinlich ist der neue Familienroman auch nur eine Gegenreaktion auf die erste Wehrmachtsausstellung. Diese hatte die Millionen Soldaten der Wehrmacht, als wirkliche oder potentielle Täter, ja erst so scharf ausgeleuchtet. Das verlief parallel zu anderen Projekten. Schon der Film Schindlers Liste machte deutlich, dass ein im Grunde unsympathischer Abenteurer und Geschäftemacher Handlungsspielräume hatte, Juden zu retten. Diese ganzen Geschichten von Befehlsnotstand - „man konnte nichts machen" oder „man wurde gleich an die Wand gestellt" – erscheinen alle als Schutzbehauptungen. Dann kommt die Veröffentlichung von Victor Klemperers Tagebüchern, in denen die Volksgemeinschaft in Aktion gezeigt wird. Klemperer zeigt auch, was ein von allen Informationen ausgeschlossener, verfolgter und vom Tod bedrohter jüdischer Professor alles in Erfahrung bringen konnte. Der berichtet über Auschwitz, kaum dass Auschwitz angefangen hat mit seiner Vernichtungsarbeit; der ist informiert über die Verbrechen; über die Verluste; über die Rückmärsche an der Ostfront. Christopher Browning hat am Beispiel des Hamburger Polizeibataillons 101 gezeigt, wozu einfache Polizeibeamte, ganz normale Männer, fähig waren. Und Daniel Goldhagens Buch mit einer im Detail oft ungenauen und mechanischen Beweisführung, aber mit der richtigen Fragestellung: wie breit war eigentlich der Nationalsozialismus verankert in diesem Volk? Das ist die entscheidende Frage. In diesem Klima kommt die Wehrmachtsausstellung mit einer ähnlichen These. Diese mediale Vehemenz erschütterte das bis dahin positive Selbstbild der Kriegsgeneration und vieler Nachgeborener.

Die Deutschen haben ja schon im Krieg angefangen, sich als Opfer zu sehen: Sie waren Opfer der Nazis, einer kriminellen Bande, die irgendwo hinten im Haus eingestiegen ist, sich dann dort breit gemacht hat, die Bewohner bedroht hat mit Gestapo, Gefängnis oder KZ. Dann waren die Deutschen auch noch Opfer der anglo-amerikanischen Terrorangriffe, der vormarschierenden Russen und später, nach 1945 die Opfer der Siegerjustiz.

Von Tätern weit und breit nichts zu sehen. Hitler war es, so lautete die neue Dolchstosslegende. Und weil der Führer nicht alleine diese gigantischen Verbrechen begehen konnte, war es die SS, die ihm half. Das waren die Täter, da war die bundesrepublikanische Öffentlichkeit sich einig. Alle anderen waren gute, tapfere Deutsche gewesen, die nur ihre Pflicht erfüllt hatten. Die Prozesse gegen Eichmann und einige Auschwitzmörder in den 60er Jahren wurden wie eine Bestätigung dieser Konstruktion verstanden. Die oben genannten Filme und Bücher, vor allem die erste Wehrmachtsausstellung, haben einen anderen Blick möglich gemacht: Dass Millionen ganz normaler Deutscher an dem Verbrechen beteiligt waren oder zumindest davon gewusst haben. Genau diesen Blick, der die Chance eröffnet hat, sich der wirklichen, statt einer passenden Vergangenheit zu konfrontieren, versuchen Bücher wie „Der Brand" von Jörg Friedrich zu annullieren. In diesem Buch existieren die Deutschen nur als Opfer. Dass in den Städten der nationalsozialistische Terrorapparat weiter existiert, dass es dort Kasernen, Soldaten, Polizisten, Rüstungsfabriken mit deutschen Facharbeitern gibt, die Tausende von Zwangsarbeiter und KZ Häftlinge dirigieren, das alles leugnete Friedrich. Dass der Autor dann auch noch den Bombenkrieg gegen die Deutschen mit dem Holocaust an den jüdischen Mitbürgern gleichsetzt, ist ebenso alarmierend, wie die Tatsache, dass die Feuilletons der großen Zeitungen diesen Tabubruch nur als sprachliche Entgleisung kritisieren. Nicht minder alarmierend ist, dass Bogdan Musial ohne großen Widerspruch den Konsens der Forschung aufkündigt, wenn er in seinem Buch „Konterrevolutionäre Elemente sind zu erschießen", unter Mißachtung aller historischen Fakten, erklärt, dass die Juden in der Ukraine ein Tätervolk waren, weil sie angeblich nach 1939 überproportional dem sowjetischen Geheimdienstes angehörten und im Sommer 1941 an der Ermordung von Häftlingen beteiligt gewesen seien. Dass sie dann bei Einmarsch der deutschen Wehrmacht zu Zehntausenden auf offener Strasse totgeschlagen wurden, sei als Ausfluss des Volkszorns nur zu verständlich gewesen.

DRR: Musial sprach anfänglich auch davon, dass 90 Prozent der Bilder der ersten Ausstellung falsch seien...

H.H.: Wie die internationale Historikerkommission festgestellt hat, waren bei zwei von 1.433 Fotos falsche Bildlegenden aus den Archiven übernommen wurden. Insgesamt hätten, so die Kommission, 20 Fotos wegen ähnlicher Ungenauigkeiten bei den Bildlegenden nicht in die Ausstellung übernommen werden können. Massive Bildfälschungen, wie es die Historiker Musial und Ungvary behauptet hatten, lägen nicht vor. Was zunächst wie eine wissenschaftlich berechtigte Bildkritik erschienen war, erwies sich nach diesem Urteil als Teil einer großangelegten Kampagne, der es nur um die Beendigung der Ausstellung ging. Dass die Bildkritik zudem antisemitisch grundiert war, hat das nachfolgende, oben erwähnte Buch von Musial bewiesen.

DRR: Alles Revisionisten, außer Hannes Heer! So fassen Kritiker ihre Position zusammen.

H.H.: Das ist der Versuch mich in eine bestimmte rechthaberische Ecke zu schieben. In meinem Buch gehe ich mit dem Vorwurf des Revisionismus vorsichtig um: Jörg Friedrich allerdings bezeichne ich als Revisionisten.

Hannes Heer: Vom Verschwinden der Täter. Aufbau-Verlag, 2004, 395 S., 22,90 Euro.

„Grabert-Verlag" in Finanznöten

In finanzielle Schwierigkeiten geraten ist der Tübinger „Grabert-Verlag", der, wie die „Junge Freiheit" schreibt, „zeitgeschichtlich-revisionistische Bücher, die den Geboten der politisch-historischen Korrektheit zuwiderlaufen" vertreibt. Der Verlagschef Wigbert Grabert beklagt in einem Schreiben an langjährige Kunden eine „noch nie dagewesene Steuerrevision", einen Strafbefehl über insgesamt 5.000 Euro wegen Volksverhetzung und einen Umsatzrückgang im vergangenen Jahr.

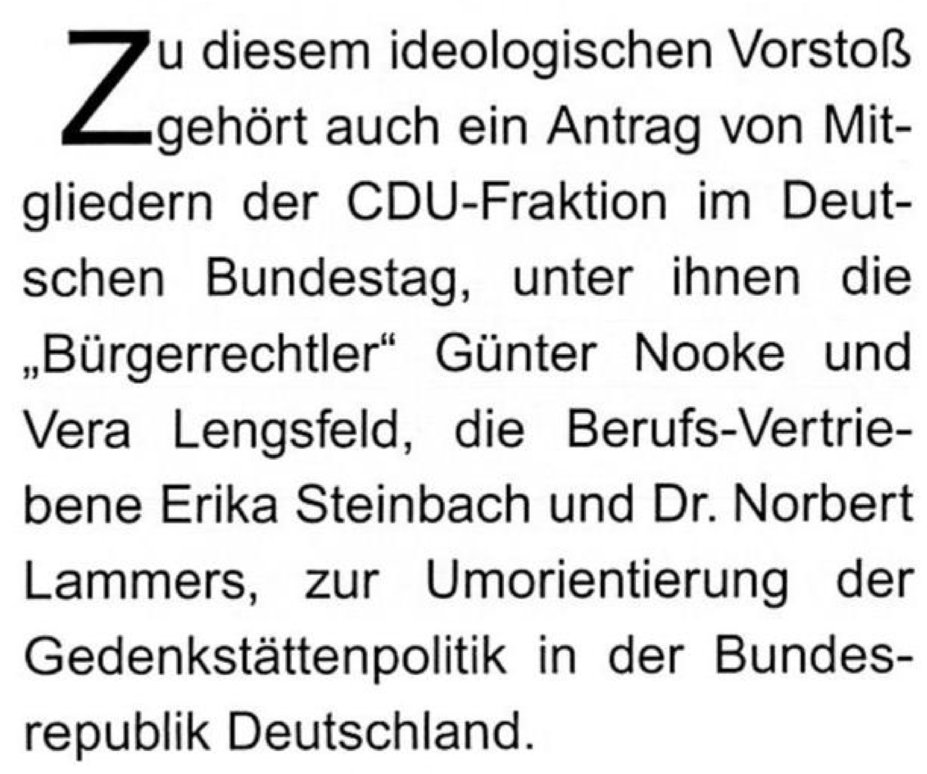
Rechte Gedenkstättenpolitik – national und europäisch



Gedenkstätte KZ Bergen Belsen

Seit Jahren bemühen sich rechte Kräfte besonders in der CDU/CSU in der Erinnerungskultur unseres Landes neue Signale zu setzen. Die antifaschistische Orientierung, die in vielfältiger Weise die Geschichtsdebatte und den gesellschaftlichen Umgang mit den Gedenkstätten für die Opfer der faschistischen Verfolgung prägt, ist ihnen mehr als nur ein „Dorn im Auge". Ihnen ist bewusst, dass eine reaktionäre Ausrichtung der Gesellschaft nur mit der Entsorgung der Geschichte, also mit einer totalitaristischen Neuausrichtung der historischen Debatte funktionieren kann.

Von Ulrich Schneider



Zu diesem ideologischen Vorstoß gehört auch ein Antrag von Mitgliedern der CDU-Fraktion im Deutschen Bundestag, unter ihnen die „Bürgerrechtler" Günter Nooke und Vera Lengsfeld, die Berufs-Vertriebene Erika Steinbach und Dr. Norbert Lammers, zur Umorientierung der Gedenkstättenpolitik in der Bundesrepublik Deutschland.

Nooke hat sich in der Vergangenheit bereits mehrfach als Sprachrohr der reaktionären Kräfte in der bundesdeutschen Gedenkkultur hervorgetan. Schon im Jahr 2000 echauffierte er sich über die Kosten für das Mahnmal für die ermordeten Juden Europas. Natürlich habe das nichts mit seiner Haltung zum antisemitischen Massenmord zu tun, aber das Geld sei doch zuviel.

Im März 2003 kritisierte er die Ankündigung des Berliner Senats, ein Mahnmal für die ermordeten Sinti und Roma zu schaffen, als „grundverkehrt". Wörtlich: „Besonders schwer wiegt vor allem, dass der Entscheidung über das Mahnmal kein Konzept zu Grunde liegt. Völlig ungewiss ist nach wie vor, wie den anderen Opfergruppen gedacht werden soll, unter anderem den Schwulen und Lesben, den Opfern unter den Deserteuren, den Euthanasie-Opfern." Und damit niemand Zweifel hat, wie sich Nooke ein solches „Konzept" vorstellt, stimmten er und die Unionsfraktion im Dezember 2003 gegen die Errichtung eines Mahnmals für die in der NS-Zeit verfolgten Homosexuellen.

Nooke versucht mit der populistischen Finanzdebatte antifaschistisch orientierte Gedenkkultur zu torpedieren. Dass es ihm dabei nicht um Sparsamkeit geht, machen seine verschiedenen Vorstöße in der Gedenkstättenpolitik deutlich. So forderte er im Januar 2001 gemeinsam mit Lammers im Bundestag eine „Gesamtkonzeption für Berliner Gedenkstätten für die Opfer der SED-Diktatur" mit entsprechenden Finanzen.

Diese rechte Gedenkstättenpolitik zeigt sich auch im Antrag vom Januar 2004:

Ziel der parlamentarischen Initiative solle ein einheitliches Gedenken auf antitotalitärer Grundlage und die Aufstellung eines Katalogs „nationaler Erinnerungsorte" sein. Der Antrag arbeitet mit dem ideologischen Konstrukt einer „doppelten Diktaturgeschichte". Eine gemeinsame Erinnerung solle den „antitotalitären Konsens" schärfen, so Nookes Begründung bei einer Anhörung der Konrad-Adenauer-Stiftung. Nur die gemeinsame Aufklärung über beide deutsche Diktaturen könne das Bewusstsein für den Wert von Freiheit und Demokratie schärfen. Ein Schwerpunkt solle deshalb auf denjenigen Gedenkstätten liegen, die - wie etwa in Sachsenhausen - die Opfererfahrungen „beider Diktaturen" widerspiegeln.

Der Historiker Peter Maser (Münster) kritisierte auf der selben Veranstaltung, dass der Zeit der SED-Diktatur auf nationaler Ebene nur marginal gedacht werde. Fast 3.500 Gedenkstätten für die Zeit der NS-Herrschaft ständen bundesweit etwa 350 Erinnerungsorte an die Willkür der SED-Herrschaft gegenüber. Und diese wolle die Union mit ihrem Gesetzentwurf nun „in viel stärkerem Maße in den Fokus nationaler Gedenkkultur" rücken, wie es in der Antragsbegründung heißt.

Sinn für politischen Stil zeigte die CDU-Fraktion darin, dass sie ihren Antrag am 30.Januar diskutieren wollte - ein „würdiger Beitrag" zur Entsorgung der Geschichte. Aufgrund der Auseinandersetzung um die Stiftung Sächsischer Gedenkstätten (siehe DRR Nr. 87) wurde er vorerst zurückgezogen – er soll aber später wieder auf die Tagesordnung gebracht werden.

In der Vergangenheit riefen solche Bestrebungen zur Entsorgung antifaschistischer Geschichtsperspektiven im Ausland Widerspruch hervor. Erinnert sei nur an den einstimmigen Beschluss des Europäischen Parlaments vom Februar 1993 über den Erhalt der KZ-Gedenkstätten und die Ablehnung der Vermischung der Erinnerung mit Geschehnissen nach 1945.

Daher bemühen sich die rechten Kräfte in der CDU/CSU auch auf europäischer Ebene ihre Initiative abzusichern. Offenkundig auf Initiative der deutschen Vertreter wurde auf dem 16. Kongress der „Europäischen Volkspartei" (EVP) - ein Zusammenschluss europäischer christlich-demokratischer Parteien - vom 4. bis 5. Februar 2004 in Brüssel ein Beschluss über die „Verurteilung des totalitären Kommunismus" verabschiedet.

In geschichtsrevisionistischer Form wird hier über Faschismus und kommunistische Herrschaft als „zwei gleich inhumane totalitäre Regime" gesprochen, wobei beklagt

wird, dass eine internationale Verurteilung des Kommunismus nicht erfolgt sei.

Um deutlich zu machen, wie „menschenverachtend" der Kommunismus sei, werden Konzentrationslager und rassistischer Völkermord als typische Merkmale kommunistischer Herrschaft genannt – so als sei kommunistische Herrschaft vergleichbar mit NS-Vernichtungslagern und dem Holocaust. Als Gegenpol zum 27.Januar, dem Holocaust-Gedenktag, wird ein „europäischer Gedenktag für die Opfer des Kommunismus" gefordert. Während einerseits die finanziellen Mittel für den Erhalt der KZ-Gedenkstätten begrenzt werden, fordert die EVP die Errichtung eines europäischen Forschungs- und Dokumentationszentrums sowie ein zentrales Mahnmal für die „Opfer des Kommunismus" – finanziert durch die EU.

Zurecht kritisierte die EU-Abgeordnete Sylvia-Yvonne Kaufmann, dass sich damit die EVP geschichtsrevisionistische Thesen der Neuen Rechten zu eigen machten. Sie öffne die Tür zu Bündnissen mit Haider und Berlusconi.

Doch antifaschistischer Protest in Deutschland und im europäischen Ausland ist hörbar, wie die Erklärungen der VVN-BdA, der „Fédération International des Resistants" (FIR), der Leiter von KZ-Gedenkstätten oder Internationaler Lagergemeinschaften in den vergangenen Wochen zeigen.

Mediales Schweigen über Opfer rechter Gewalt



Im Jahr 2003 erlangten Opferberatungsstellen allein in den fünf neuen Bundesländern und Berlin Kenntnis von insgesamt 551 rechtsextremen Angriffen. Die meisten solcher Gewalttaten ereigneten sich in Sachsen (141), gefolgt von Brandenburg (116) und Thüringen (91). Von den 551 Angriffen, waren mindestens 808 Personen direkt betroffen. In der überwiegenden Mehrzahl der Fälle handelte es sich um Körperverletzungsdelikte (62 %) sowie Nötigungs- und Bedrohungsdelikte (16 %). Die höchste Zahl rechtsextrem und fremdenfeindlich motivierter Straftaten im Jahr 2003 wurde im August mit 703 Delikten erreicht.

Von Raimund Hethey

Noch immer werden demnach täglich mehrere rechte Gewaltdelikte verübt, werden jeden Tag Menschen Opfer brutaler neonazistischer Gewalt. Die Dunkelziffer dürfte noch um einiges höher liegen, weil viele Opfer aus Angst vor weiteren Repressalien keine Anzeige erstatten. Und selbst wenn die Täter gefasst werden, hat das nicht automatisch zur Folge, dass der Fall von den Sicherheitsbehörden als „politisch rechts motiviert" verortet wird. In einigen Bundesländern werden die bundeseinheitlich gültigen neuen Kriterien zur Erfassung politisch motivierter Gewalt aus opportunen Gründen nicht angewandt.

Beispiel Sachsen

Die drei Regionalbüros Görlitz, Wurzen und Dresden von AMAL – Hilfe für Betroffene rechter Gewalt in Sachsen zählten im Jahr 2003 141 rechte Übergriffe mit 194 direkt Betroffenen. Das Beratungsgebiet von AMAL umfasst ganz Sachsen mit Ausnahme der Stadt Leipzig, des Landkreises Leipzig, des Kreises Delitzsch und Teilen des Kreises Torgau-Oschatz. Die überwiegende Anzahl der Übergriffe sind Körperverletzungsdelikte. Betroffenengruppen sind vor allem Nichtdeutsche und alternative bzw. nichtrechte Jugendliche, aber auch Obdachlose, Behinderte und Homosexuelle. Die Gefahr, die von Neo-Nazis ausgeht, wird inzwischen vielschichtiger. Der Straßenterror dumpfbackiger Kahlköpfe geht ungehindert weiter, parallel dazu versuchen ansehnlich gescheitelte Neonazis, eine neue außerparlamentarische Opposition aufzubauen wie das „Nationale Bündnis" in Dresden unter der Führung des NPD-Vorständlers Holger Apfel. Mit einer Mischung aus Provokation und Pseudo-Bürgernähe heischen sie nach einem Wahlerfolg bei den Kommunalwahlen im Juni. Die Strategie funktioniert zur Zeit am besten im Osten der Republik. Die neuen Länder und Berlin gelten bei den Neo-Nazis immer noch als erfolgsträchtiges Experimentierfeld.

Die bürgerlichen Medien berichten immer seltener über die rechte Gewalt. Im sächsischen Pirna trifft ein Jugendlicher mit alternativem Outfit beim Überqueren einer alten Steinbrücke auf drei Rechte, die ihn sofort beleidigen und ihn nach einer Erwiderung zusammenschlagen. Auf dem Weg zu einer Party in Lohmen (Sächsische Schweiz) wurden zwei Jugendliche von ca. 10-12 Rechten überrascht. Sie befanden sich gerade auf einer Brücke als sie zunächst ein Auto überholte und am Ende der Brücke stehen blieb. Gleichzeitig hielt ein Auto am Anfang der Brücke, so dass die Beiden eingekesselt waren. Die Angreifer wurden dann handgreiflich und schlugen dem einen Opfer auf die Brust. Außerdem versuchten sie das andere Opfer rückwärts von der Brücke zu stoßen, ließen jedoch schnell davon ab. Anschließend erschien die Polizei. Am selben Tag wird ebenfalls in Lohmen ein Jugendlicher auf dem Heimweg von einer Geburtstagsfeier von zwei Rechten angeg-

riffen. Nachdem er aufgrund von Schlägen zu Boden gegangen war, erhielt er noch Tritte gegen sein Knie. Die genannten Übergriffe fanden im März 2004 statt. Über keinen der Vorfälle war etwas in der bürgerlichen Presse zu erfahren.

Schweigen für das Investitionsklima

Den meisten Städten liegt ihre Reputation ganz besonders am Herzen, sie mögen sich gerne als weltoffen und zukunftsorientiert präsentieren. So werden Gewalttaten von Neonazis gerne unter dem Blickwinkel des Imageschadens betrachtet. Nur eine weltoffene Stadt hat ein gutes Investitionsklima und kann als ein attraktiver Wirtschaftsstandort gelten. Deshalb wird angesichts der alltäglichen rechten Gewalt das rechte wie das linke Gedankengut zurückgedrängt. Die Ausgrenzung Jugendlicher, die sich den Neonazibanden in den Weg stellen, als linksextremistisch bedeutet nichts anderes als rechte und linke Gewalt unter dem formalen Blickwinkel der Gewalt und nicht der Inhalte zu betrachten. So scheint es für städtische Honoratioren keinen Unterschied darin zu geben, ob ein Nazi „eins auf Maul" kriegt oder eine Migrantin verprügelt wird. Denn beides ist imageschädlich und trübt das Investitionsklima, auf das es einzig und allein ankommt. Jegliches Offenlegen von Neonazi-Aktivitäten wirkt geschäftsschädigend. Die täglichen Übergriffe auf MigrantInnen, Schwule und Lesben, JüdInnen und Obdachlose werden deshalb zum Problem, weil sie in Zeiten der Rezession und der verfallenden Innenstädte zur wahrnehmbaren ökonomischen Bremse werden. Was liegt also näher als Übergriffe von Neonazis nicht an die Öffentlichkeit zu bringen? Auch Tageszeitungen sind als Wirtschaftsunternehmen zum größten Teil auf Einnahmen durch Anzeigenkunden angewiesen, brauchen den Investor vor Ort, der in der Zeitung inseriert. Insofern ist es auch nur konsequent, wenn sich, wie in der sächsischen Stadt Freiberg geschehen, Honoratiorinnen und Honoratioren in einem Verein „Initiative gegen Extremismus" zusammenschließen, um das Investitionsklima durch ein verbales Programm gegen Rechts– und Linksextremismus zu verbessern. Alternative Jugendprojekte hingegen, die Perspektiven eines emanzipatorischen Lebens gegen die Täter anbieten könnten, werden ökonomisch ausgetrocknet. Und warum? Alternative Projekte schaffen keine Kaufkraft, deshalb werden sich auch zukünftig Neonazis angesprochen fühlen und gerne in Städte kommen wie Freiberg, in dem die Alternativprojekte „Barrikade" und „Schlossclub" seit fast zwei Jahren platt gemacht wurden.

Informationen, die nicht in der Presse zu finden sind, gibt es bei www.amal-sachsen.de.

Dritter SSS-Prozess

Seit März stehen in Dresden sechs Männer im Alter von 21 bis 27 Jahren wegen des Vorwurfs der Mitgliedschaft in der Neonazigruppierung „Skinheads Sächsische Schweiz" bzw. ihrer Aufbauorganisationen vor Gericht. Anders als bei den ersten beiden SSS-Prozessen 2003 wollen sich die Angeklagten nicht auf die Vorwürfe einlassen. Verhandlungstermine sind bereits bis Juli anberaumt. Die in den ersten Prozessen nach einem Handel vor Gericht mit milden Bewährungsstrafen ausgegangenen SSS-Member haben sich jetzt verharmlosend und zum Teil leugnend als Zeugen geäußert. Man habe attraktive Angebote an Jugendliche gemacht, so Thomas Sattelberg, verurteilt als Rädelsführer. Vorwürfe wie Landfriedensbruch, schwere Körperverletzung oder Volksverhetzung einzuräumen, sei Teil des Deals mit der Staatsanwaltschaft gewesen, so der im zweiten Prozeß verurteilte Ronny Weber. An zwei ihm vorgeworfenen Überfällen sei er nicht beteiligt gewesen. Die Staatsanwaltschaft ließ Weber wegen des Verdachts der Falschaussage im Gerichtssaal verhaften. Gegen Meldeauflagen wurde er wieder auf freien Fuß gesetzt.

Leichsenring angeklagt

Gegen den NPD-Funktionär Uwe Leichsenring (36) hat die Staatsanwaltschaft Dresden Anklage erhoben. Dem Geschäftsführer des NPD-Kreisverbandes Sächsische Schweiz wird die Unterstützung einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen. Anlass des Verfahrens ist die enge Verflechtung von NPD und der 2001 verbotenen neonazistischen Organisation „Skinheads Sächsische Schweiz" (SSS). Die Staatsanwaltschaft hat gegen den Inhaber von Fahrschulen in Pirna, Bad Schandau und Königstein mehrere Jahre ermittelt. Leichsenring ist NPD-Stadtrat in Königstein und Mitglied des Bundesvorstandes seiner Partei. Außerdem kandidiert er zur Europawahl im Juni auf dem prominenten Platz 4 der NPD-Liste.

Nazi-Deckert vor Gericht...

Zum wiederholten Male musste sich der frühere Vorsitzende der NPD, Günter Deckert, vor Gericht verantworten. Im sächsischen Freiberg war er wegen Beleidigung des Landrats und weiterer Beschäftigter des Landratsamts angeklagt. Er hatte den Landrat Uhlig (AUW) einen „Wendehals" genannt und die ganze Behörde als „SED-PDS verseucht" bezeichnet. Nach Ablehnung seines Bauantrags für sein Projekt in Gränitz und wiederholten Kontrollen durch Mitarbeiter der Landkreisbehörde, ob die Versiegelung von Deckerts Gebäudekomplex noch unbeschädigt sei, schrieb Deckert eine e-mail an den Landrat, die er auch anderen zur Verfügung stellte. Darin sah die Staatsanwalt einen Grund für ein öffentliches Interesse an dem Vorgang. Die Staatsanwältin forderte in ihrem Plädoyer eine dreimonatige Haftstrafe ohne Bewährung und die Kostennahme für das Verfahren. Das Strafmaß ließ sich locker mit Deckerts Vorstrafen begründen. Richter Hermann bezeichnete Deckert als einen „Kämpfer", der in einer ziemlich harten Auseinandersetzung mit den Behörden stecke, was, so der Richter, sich „strafmildernd" auswirke. Das Urteil fiel dementsprechend aus. Deckert muss 35 Tagessätze á 10 Euro zahlen. Am Ende des Verfahrens bestätigte er, dass er zwei Projekte in Sachsen am Laufen habe: ein Gebäude in Gränitz und ein weiteres in Annaberg-Buchholz.

Ende der endlosen Bewährungen

Mal erhielt Peter Borchert eine Bewährungsstrafe wegen Körperverletzung, mal bekam er sie anlässlich eines Waffenmissbrauchs. Seit Jahren fällt der militante Neonazi immer wieder durch seine Aktivitäten in der braunen Szene und dem Rotlichtmilieu von Schleswig-Holstein auf. Nun muss der Aktivist des Neumünsteraner Neonazizentrums „Club 88 - The very last resort" und Ex-Landesvorsitzende der NPD doch in Haft. Am 27. April dieses Jahres verurteilte das Landgericht Kiel Borchert zu drei Jahren und zwei Monaten Gefängnis. Die Erste Strafkammer sprach ihn wegen illegalen Waffenhandels in 13 Fällen mit 16 Waffen für schuldig. Borchert war geständig, nannte allerdings weder Verkäufer noch Käufer. Ein Deal dürfte das schnelle Urteil ermöglicht haben. In der Urteilsbegründung erwähnt die Strafkammer denn auch nicht den politischen Hintergrund der Taten. Dem Verfahren wegen illegalen Waffenhandels gingen jedoch Ermittlungen wegen des „Verdachts auf Bildung einer politisch motivierten kriminellen Vereinigung" voraus. Mehr als 300 Polizeibeamte hatte am 28. Oktober 2003 über 50 Wohnungen und Treffpunkte der Neonazis im Norden durchsucht, um den Aufbau von „Combat 18" zu unterbinden. Als einer der fünf Hauptverdächtigen nahmen die Beamten Borchert fest. Mit dem Urteil wurde zugleich eine 14-monatige Bewährungsstrafe widerrufen, so dass Borchert insgesamt eine Haft von vier Jahren und acht Monaten absitzen muss.

Geschichtsumschreibung

„Bund der Vertriebenen" versucht „Presse-Dressur mit der Geldkeule"

Erika Steinbach will es so entlarvend nicht gesagt haben - am 27.2.2004 wurde vor dem Hamburger Landgericht ein Prozess gegen die Journalistin Gabriele Lesser eröffnet, die in ihren Artikeln das in Berlin geplante „Zentrum gegen Vertreibungen" und den destruktiven Einfluss Erika Steinbachs auf die deutsch-polnischen Beziehungen kritisiert hatte.

Von Anna Ihme

Als die CDU-Abgeordnete und Präsidentin des „Bund der Vertriebenen" (BdV), Erika Steinbach, im Jahr 1999 die Idee propagierte, in Berlin ein „Zentrum gegen Vertreibungen" einzurichten, trug dies nicht gerade zu einer Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen bei.

„Tag der Heimat" in Frankfurt, veranstaltet am 21.09.2003 vom BdV: Kritische Plakate zeigen den Titel einer polnischen Zeitung

Bereits im September 1998 stellte Steinbach im so genannten „Berliner Appell" Bedingungen für Polen und Tschechien auf, die diese zu erfüllen hätten, wenn sie der Europäischen Union beitreten wollten. Ein Jahr später forderte sie die Regierungen Deutschlands und anderer EU-Staaten auf, die Aufnahme Polens und Tschechien in die EU davon abhängig zu machen, dass diese zunächst zur Heilung der Wunden, die durch das Verbrechen der Vertreibung geschlagen worden seien, einen Beitrag leisteten. Es liege im Interesse aller Europäer, die hohe Wertschätzung der Menschenrechte – gemeint sind die Rechte der Zwangsumgesiedelten Deutschen nach Ende des Zweiten Weltkrieges - nicht durch Länder wie Polen und Tschechien entwerten zu lassen. Und wörtlich: „Es bedarf keiner Kampfflugzeuge. Ein schlichtes ‚Veto' zur Aufnahme uneinsichtiger Kandidaten ist ausreichend." Ihre im Frühjahr 2003 forcierte Idee der Errichtung eines „Zentrums gegen Vertreibungen" stieß in Polen hingegen auf eindeutige Ablehnung. Zusätzlich trug die in dieser Frage schwankende Haltung der deutschen Regierung zur weiteren Verschlechterung der deutsch-polnischen Beziehungen bei. Auf Steinbach war man in Polen nicht gut zu sprechen.

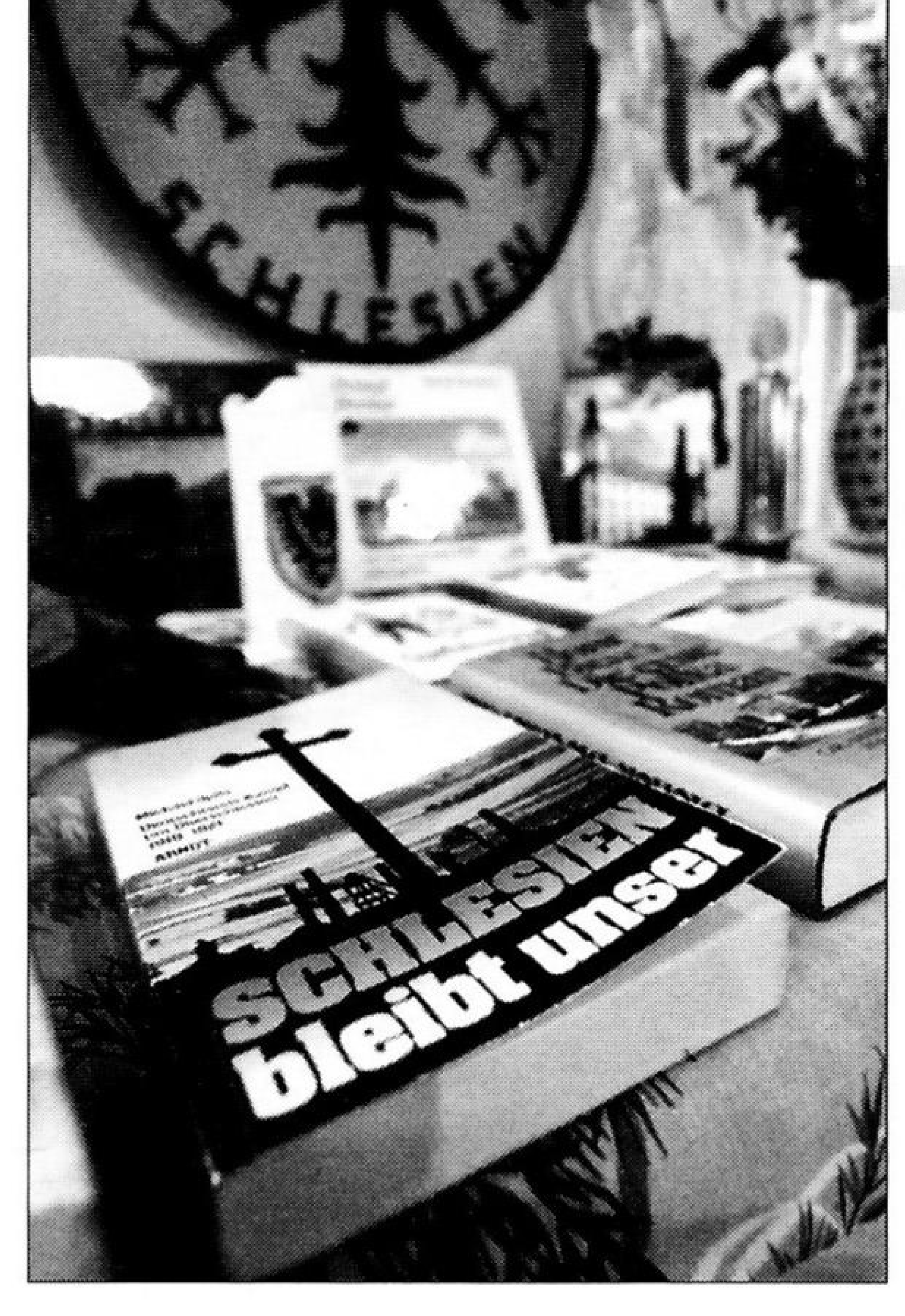
Dies thematisierte die in Warschau lebende Journalistin Gabriele Lesser, die vormals als Dozentin an der Universität Köln Geschichte des Zweiten Weltkrieges in Polen lehrte, für taz, mehrere deutsche Regionalzeitungen und ein halbes Dutzend jüdischer Zeitschriften. Der Vorwurf der Klage (Streitwert 60.000 Euro) bezieht sich im Wesentlichen auf drei Sätze der Journalistin. Lesser formulierte in einem im August 2003 in den „Kieler Nachrichten" erschienenen Kommentar, Steinbach habe in ihrem Kampfflugzeug-Artikel vom 26. August 1999 erklärt, man müsse heutzutage „keine Bomber mehr nach Polen schicken, um den Polen klar zu machen, was ‚westliche Werte' seien". Steinbach will nun nicht „Bomber" gemeint haben, wenn sie „Kampfflugzeuge" schrieb. Ob Bomber keine Kampfflugzeuge sind oder die imaginierten Kampfflugzeuge nur für Luftkämpfe ohne den Abwurf einer einzigen Bombe zuständig sein sollten, wird nun das Gericht zu klären haben. Auch ist die Frage offen, ob es eine Diffamierung ist, „Menschenrechtsfragen" zu den „westlichen Werten" zu zählen.

Der zweite Streitpunkt ist die Aussage Lessers, dass es eine Verbindung zwischen der Forderung des BdVs und Steinbachs nach Errichtung eines „Zentrums gegen Vertreibungen" und dem Beschluss des Bundestags, in Berlin ein Mahnmal für die Opfer des Holocaust zu errichten, gebe. Dadurch, dass das „Zentrum" als Pendant zum Holocaust-Mahnmal wahrgenommen werde, würden deutsche Kriegsopfer den Opfern deutscher Verbrechen gegenübergestellt. Eine Aussage, die, so Otto Köhler, von aller Welt gedacht und gesagt wird. Entgegen der Beteuerungen von Steinbachs Anwalt Gernot Lehr, der BdV habe niemals die Absicht gehabt, das „Zentrum" in diesem Zusammenhang zu sehen, forderte die Klägerin bereits im Mai 2000, es solle in deutlich erkennbarer „geschichtlicher und räumlicher Nähe" zum Holocaust-Mahnmal lokalisiert werden, da in der ersten Phase der Verfolgung die Juden auch Vertreibungsopfer gewesen seien. „Im Grunde genommen ergänzen sich die Themen Juden und Vertriebene miteinander. Dieser entmenschte Rassenwahn hier wie dort, der soll auch Thema in unserem Zentrum sein".

Obwohl die beklagten Sachverhalte auch in verschiedenen überregionalen Zeitungen thematisiert worden waren, wurden weder „Süddeutsche Zeitung" noch der „Kölner Stadt-Anzeiger", der den Kommentar Lessers auch abdruckte, mit einer Klage überzogen. Dies erklärt Erika Steinbach so: Der „Kölner Stadt-Anzeiger" habe die aus ihrer Sicht falschen Behauptungen in einem Interview mit ihr korrigiert, und die „Kieler Nachrichten" hätten eine Unterlassungserklärung unterschrieben. Nur Lesser als Autorin habe dies verweigert. „Mich hat man dafür ausgesucht, weil hinter mir als freier Journalistin kein finanzkräftiger Verlag steht", vermutet die 43-jährige Historikerin.

In Polen wird die Klage des BdV als „Versuch einer Presse-Dressur mit der Geldkeule" gewertet. Das eigentliche Anliegen des BdV sei es, nicht nur Lesser, „sondern allen potentiellen Kritikern, die einen Zusammenhang zwischen dem Holocaust-Mahnmal in Berlin und dem ebenfalls in Berlin geplanten ‚Zentrum gegen

Vertreibungen' sehen wollen, und die der Meinung sind, dass der Bund der Vertriebenen zunächst seine eigene Rolle in den deutsch-polnischen Beziehungen kritisch überprüfen sollte", den Mund zu verbieten, heißt es in einer Solidaritäts-Erklärung prominenter Politiker und Publizisten wie des Ex-Premiers Tadeusz Mazowiecki, des Chefredakteurs der größten Tageszeitung „Gazeta Wyborcza", Adam Michnik, oder der früheren Außenminister Wladyslaw Bartoszewski und Bronislaw Geremek. „Wenn Steinbach darauf besteht, Gabriele Lesser vor Gericht zu bringen, soll sie den Mut haben, auch uns zu verklagen. Denn auch wir stehen den BdV-Aktivitäten, die die deutsch-polnischen Beziehungen in zunehmenden Maße schädigen, sehr kritisch gegenüber."



„Heilung des Vertreibungsverbrechens"

Der EU Beitritt Tschechiens und Polens schafft für die Interessen der Vertriebenenverbände einen neuen Rechtsraum

Von Annelies Senf & Jörg Kronauer

Ein Fall geistert durch die „Vertriebenen"-Medien: Der „Fall Loizidou". Er steht exemplarisch für das Bemühen der deutschen Umgesiedelten, Präzedenzfälle für ihr wichtigstes Anliegen zu finden: Restitutions- und Entschädigungsansprüche gegenüber osteuropäischen Staaten gerichtlich durchzusetzen. Dafür bieten sich nach der EU-Osterweiterung neue Chancen, und der „Fall Loizidou" liefert einen juristischen Baustein.

Als die griechische Militärjunta im Sommer 1974 versuchte Zypern zu annektieren, besetzte die türkische Armee - sie verstand sich als „Schutzmacht" des türkischsprachigen Bevölkerungsteils - ein Drittel der Insel. Zahlreiche griechischsprachige ZypriotInnen flohen aus dem besetzten Gebiet, andere wurden umgesiedelt. Auch Titiana Loizidou musste 1974 Haus und Grundstück zurücklassen. Sie klagte 1989 vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strasbourg auf Entschädigung für ihr verlorenes Eigentum. 1998 entschied der Menschenrechts-Gerichtshof in Strasbourg, dass Loizidou tatsächlich eine Entschädigung zustehe. Die Türkei verweigerte zunächst die Zahlung, nach Aufforderung des Europarates kam sie kürzlich ihrer Zahlungspflicht nach.

Der Fall ist für die deutschen Umgesiedelten in einer Hinsicht bedeutsam: Loizidou wird entschädigt, obwohl zum Zeitpunkt ihrer faktischen Enteignung im Jahr 1974 die Europäische Menschenrechtskonvention im „Enteignerstaat" Türkei noch nicht in Kraft war. Für die deutschen Umgesiedelten ist das interessant, da entsprechende Klagen aus ihren Reihen bisher in Strasbourg mit der Begründung abgelehnt wurden, dass ihre Umsiedlung und Enteignung vor dem Inkrafttreten der „Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten" geschehen sei. Der „Fall Loizidou" verschafft ihnen in dieser Hinsicht als möglicher Präzedenzfall neue Chancen.

Das ist nicht unwichtig. Denn die Umgesiedelten planen neue Individualklagen, mit denen sie ihre Ansprüche gerichtlich durchsetzen wollen. Die „Preußische Treuhand GmbH" etwa kündigt an, pünktlich mit dem Datum des polnischen EU-Beitritts am 1. Mai 2004 den Rechtsweg bis hin zum Europäischen Gerichtshof in Luxembourg einschlagen zu wollen, dessen Rechtsprechung Polen dann unterworfen sein wird. Dazu sammelt die „Treuhand", die hauptsächlich von der „Schlesischen Landsmannschaft" und von der „Landsmannschaft Ostpreußen" getragen wird, „individuelle Eigentumsansprüche deutscher Heimatvertriebener". Sollte es nicht zu „einvernehmlichen Lösungen" kommen, droht sie auch mit Sammelklagen in den Vereinigten Staaten - nach dem Vorbild der „Jewish Claims Conference".

Zur Durchsetzung ihrer Entschädigungsansprüche setzen die deutschen Umgesiedelten besonders auf das Diskriminierungsverbot der EU. Da die Umgesiedelten „aus rassischen Gründen" enteignet worden seien - „weil sie Deutsche waren" -, müsse auf sie das Diskriminierungsverbot der EU angewandt werden, erklärt Rudi Pawelka, „Treuhand"-Aufsichtsratschef und Vorsitzender der „Schlesischen Landsmannschaft". Tatsächlich gerät die polnische Regierung bei ihrem Bemühen, ein Reprivatisierungsgesetz zu verabschieden, inzwischen unter Druck. Die Regierung in Warszawa weigert sich bisher, an der Rückübertragung von Eigentum auch die deutschen Umgesiedelten zu beteiligen. Ihre jüngste Gesetzesvorlage ist deswegen vom polnischen „Amt für europäische Integration" zurückgewiesen worden - als „nicht konform mit EU-Recht".

Unterstützung für ihre Forderungen erhielten die Umgesiedelten im vergangenen Sommer von Friedrich Merz. Bei dem „Deutschlandtreffen" der „Schlesischen Landsmannschaft" wies er darauf hin, dass das EU-Recht die Voraussetzungen für Prozesse gegen Warszawa begünstige. Der Fortbestand von „Vertreibungs- und Entrechtungsdekreten", so Merz, sei nicht vereinbar mit den 1993 vom Europäischen Rat beschlossenen „Kopenhagener Kriterien". Darin waren die EU-Mitgliedsstaaten zum „Schutz von Minderheiten" verpflichtet worden, ohne zu ahnen, dass deutsche Restitutionsansprüche befördert werden sollten.

Nicht zuletzt sind Eigentumsansprüche deutscher Umgesiedelter in allen deutsch-polnischen Verträgen offen gehalten worden; dies hat das Bundesverfassungsgericht ausdrücklich bestätigt. Die polnische Regierung, die Rückgabe und Entschädigung ablehne, „unterschätze" die Rechtslage, so Pawelka: Eine Berufung auch auf das Potsdamer Abkommen sei „abwegig". Denn das Potsdamer Abkommen ist nicht unstrittig gültig, von deutschen Staatsfunktionären wird es heftig kritisiert. So hat Bundespräsident Rau Bestimmungen des Potsdamer Abkommens im Herbst als „furchtbares Unrecht" bezeichnet.

Chancenlos sind die deutschen Umgesiedelten bei ihren Klagevorhaben ganz und gar nicht, Präzedenzfälle wie der „Fall Loizidou" erhöhen ihre Aussichten Stück für Stück.

Wahlerfolge in Frankreich

Frankreichs extreme Rechte bleibt auf hohem Niveau. Am 21. und 28. März dieses Jahres wurden sämtliche französischen Regionalparlamente neu gewählt. Ebenfalls neu besetzt wurde ein Teil der Sitze in den Bezirksparlamenten, insgesamt knapp über 2.000 Mandate.

Von Bernhard Schmid

Erwartungen im Vorfeld

Allgemein war vorab damit gerechnet worden, dass die extreme Rechte bei diesen Wahlen hoch abschneide. Bereits im Spätherbst 2003 hatte die Parteien- und Wahlforscherin Nonna Meyer - eine anerkannte Spezialistin zum „Front National" (FN) - öffentlich erklärt, sie rechne damit, dass der FN „leicht 17 Prozent im landesweiten Durchschnitt" erreichen könne; dies entspräche dem Stimmenanteil von Le Pen bei der Präsidentschaftswahl 2002. Denn das Klima dafür stehe günstig, angesichts mehrerer Faktoren. Dazu zählt die Abnutzung der regierenden Konservativen angesichts einer weithin als antisozial betrachteten Politik, und gleichzeitig das Ausbleiben einer halbwegs glaubwürdigen Alternative auf der Linken. Ein weiterer Faktor seien die Ängste, die durch die EU-Osterweiterung und die deswegen befürchtete Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt ausgelöst werden.



Jean-Marie Le Pen

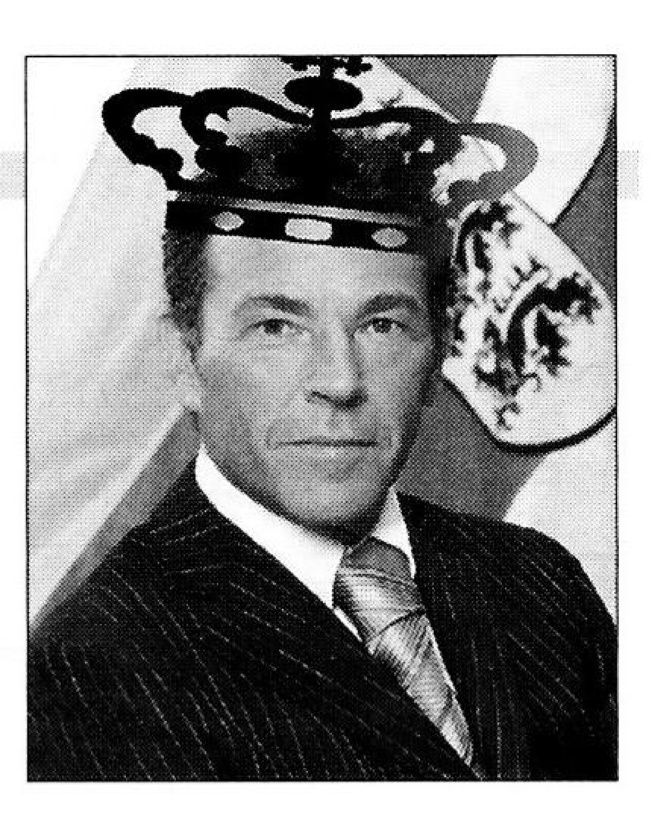
Ferner erhielt die Befürchtung hoher Wahlergebnisse für die neofaschistische extreme Rechte noch dadurch Auftrieb, dass sich 10 Tage vor dem Wahltermin die terroristischen Attentate von Madrid ereigneten. Es galt als möglich, dass dies den Ruf nach „law and order" sowie rassistische Zuschreibungen in Teilen der Wählerschaft begünstigen werde. Hinzu kam, dass in der Woche vor der Wahl eine bisher unbekannte Gruppe der „Diener Allahs des Mächtigen und Weisen" briefliche Drohungen gegen Frankreich ausstieß. Diese Trittbrettfahrer, die sich fünf Tage nach den Terroranschlägen in Spanien zu Wort meldeten, sind nach inzwischen gereifter Ansicht der Ermittlungsbehörden im rechtsextremen Bereich anzusiedeln. Tatsächlich ähneln viele der in dem Schreiben benutzten Formulierungen solchen, die in vorangegangenen rund 30 Drohbriefen an lokale und regionale Behörden auftauchen, die aus dem rechtsextremen Bereich stammen.

Wirtschafts- und Sozialthemen entscheiden die Wahl

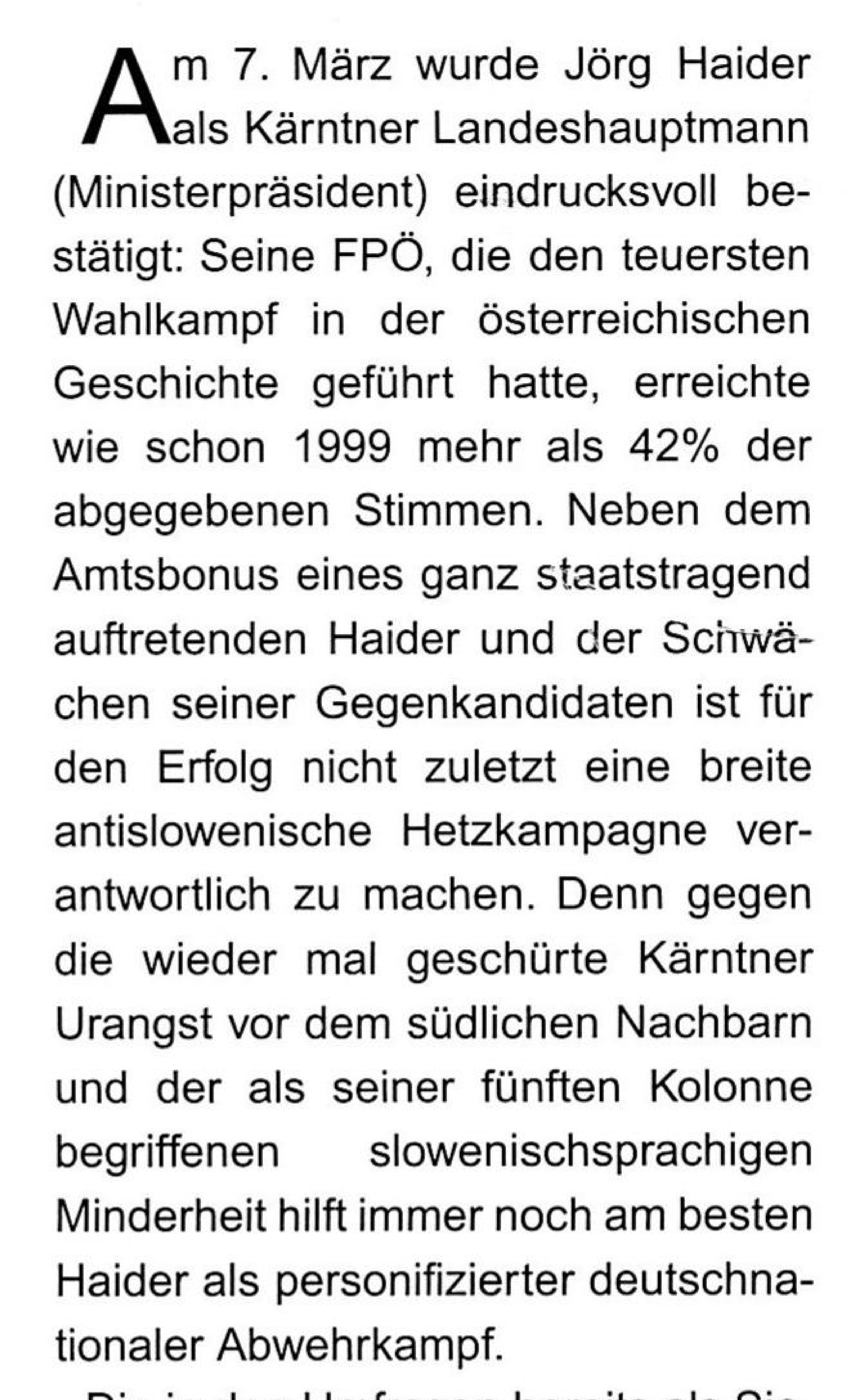
Dann aber schnitt die extreme Rechte im landesweiten Durchschnitt mit 16,5 Prozent doch nicht höher ab, als es ihr in den Umfragen (in denen sie normalerweise unterbewertet wird) vorhergesagt worden war. Davon entfielen 14,9 Prozent auf den FN und der Rest auf den „Mouvement National Républicain" (MNR) (rund ein Prozent) sowie auf rechtsextreme Regionalisten. Ein Hauptgrund dafür, dass die extreme Rechte also auf hohem Niveau, aber doch unterhalb ihrer Ergebnisse bei der Präsidentschaftswahl 2002 zu stagnieren schien: Die wirtschafts- und sozialpolitischen Themen haben den Ausgang der französischen Regionalparlamentswahlen dominiert. Auf diesem Gebiet wurden besonders die Regierungsparteien, die konservative Sammlungsbewegung UMP und die christdemokratische UDF, von den Wählern abgestraft. Über ein Drittel der französischen Wähler und Wählerinnen hat erklärtermaßen in letzter Minute darüber entschieden, wem ihre Stimme zukommen sollte. Letztendlich fiel die Tendenz deutlich zugunsten der größeren Linksparteien aus - von den Sozialdemokraten über die Grünen bis zur Kommunistischen Partei. Es handelt sich vor allem um ein Warnsignal an die jetzige Regierung, die den Abbau sozialer und rechtsstaatlicher Standards in beschleunigtem Tempo vorangetrieben hat. Aufgrund dieses sozialpolitisch motivierten „Denkzettelvotums" (vote-sanction) nahm die Beteiligung bei den Regional- wie bei den Bezirksparlamentswahlen gegenüber den letzten vergleichbaren Wahlen 1998 zu. Das lief dem bisher vorherrschenden Trend entgegen. Nach einer wissenschaftlichen Auswertung, die in der Tageszeitung „Le Figaro" vom 13. April 2004 veröffentlicht wurde, fiel dieser Anstieg der Wahlbeteiligung aber zu Ungunsten der extremen Rechten aus. Demnach sank der FN-Stimmenanteil in jenen Départements (bei den Bezirksparlamentswahlen), in denen die Beteiligung um 4 oder mehr Prozent zunahm, um bis zu 2 Prozent ab. Dagegen stieg er in jenen Bezirken an, in denen der Zuwachs geringer ausfiel - und noch mehr dort, wo die Wahlbeteiligung

entgegen dem allgemeinen Trend rückläufig war. Ein weiterer Grund der Entwicklung liegt offenbar darin, dass die konservative Rechte einen Teil der wohlhabenderen FN-Wählerschaft (zurück-)gewinnen konnte. Tatsächlich nahm der Stimmenanteil der extremen Rechten (von 1998 bis 2004) vor allem dort zu, wo die Partei Jean-Marie Le Pens in einem Arbeitermilieu und unter enttäuschten früheren Linkswählern Anziehung entwickeln muss, um zu punkten. Die höchsten Zuwächse erfuhr der FN so vor allem in der nordfranzösischen Picardie und im Nord-Pas de Calais, typischen industriellen Krisenzonen, wo die Stimmabgabe für den FN oftmals ein Arbeiter- oder Arbeitslosen-Votum ist. Dagegen verlor er im Raum Paris, aber auch in den städtischen Zonen um Lyon und Marseille an Boden. Das deutet darauf hin, dass er dort konservative Wähler, die zwischenzeitlich für ihn gestimmt hatten, wieder an die bürgerliche Rechte verloren hat. „Le Figaro“ führt das auf die harte Politik zur „Inneren Sicherheit“ zurück, die Nicolas Sarkozy in den letzten zweieinhalb Jahren im Innenministerium entwickelt hat. Sie war explizit dazu gedacht, auch auf bisherige rechtsextreme Wähler Anziehungskraft zu entwickeln. Offenkundig hat sie damit zumindest teilweise Erfolg gehabt, ohne jedoch den „Front National“ wieder unter sein erreichtes Niveau drücken zu können.

Haider bleibt, die SPÖ tritt ab



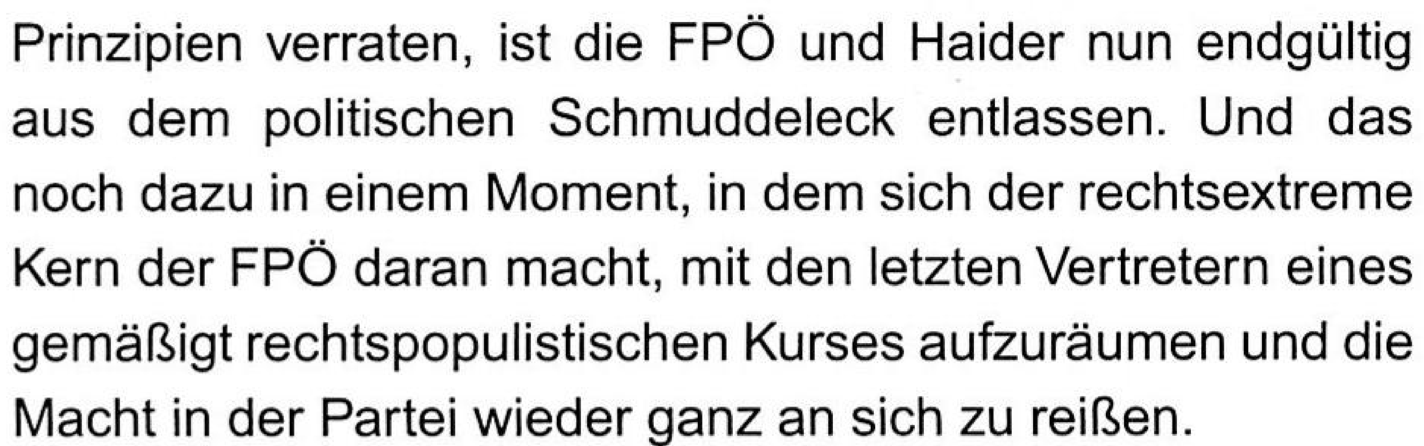
Von Heribert Schiedel



Am 7. März wurde Jörg Haider als Kärntner Landeshauptmann (Ministerpräsident) eindrucksvoll bestätigt: Seine FPÖ, die den teuersten Wahlkampf in der österreichischen Geschichte geführt hatte, erreichte wie schon 1999 mehr als 42% der abgegebenen Stimmen. Neben dem Amtsbonus eines ganz staatstragend auftretenden Haider und der Schwächen seiner Gegenkandidaten ist für den Erfolg nicht zuletzt eine breite antislowenische Hetzkampagne verantwortlich zu machen. Denn gegen die wieder mal geschürte Kärntner Urangst vor dem südlichen Nachbarn und der als seiner fünften Kolonne begriffenen slowenischsprachigen Minderheit hilft immer noch am besten Haider als personifizierter deutschnationaler Abwehrkampf.

Die in den Umfragen bereits als Siegerin präsentierte SPÖ konnte zwar 5, 6% zulegen, blieb jedoch mit knapp über 38% deutlich hinter der FPÖ zurück. Der Stimmenanteil der ÖVP wurde mit 11, 6% fast halbiert.

Nur einen Tag nach der Wahl einigten sich FPÖ und SPÖ zur allgemeinen Überraschung auf eine Koalition. Damit haben die SozialdemokratInnen einmal mehr ihre Prinzipien verraten, ist die FPÖ und Haider nun endgültig aus dem politischen Schmuddeleck entlassen. Und das noch dazu in einem Moment, in dem sich der rechtsextreme Kern der FPÖ daran macht, mit den letzten Vertretern eines gemäßigt rechtspopulistischen Kurses aufzuräumen und die Macht in der Partei wieder ganz an sich zu reißen.



Hatte SPÖ-Vorsitzender Gusenbauer zunächst Zustimmung zum Kärntner Pakt signalisiert, ging er nach medialer und parteiinterner Schelte wieder auf Distanz. Sein Fraktionsführer im Parlament, Josef Cap, hatte zuvor schon die ausländischen Kritiker der Koalition mit der FPÖ abgekanzelt. In auffallender wie bezeichnender Ähnlichkeit zur Wortwahl der nationalen Abwehrfront im Frühjahr 2000 meinte Cap an die Adresse des vormaligen französischen Europaministers Moscovici, der damals wie auch nun jede Form der Zusammenarbeit mit der FPÖ kritisierte: „Weder Österreich noch Kärnten brauchen Ratschläge von wem auch immer.“

Gestärkt durch das Wahlergebnis meldete Haider, formal immer noch „einfaches Parteimitglied“, auch auf Bundesebene wieder den Führungsanspruch an. Vor seiner allgemein erwarteten Wiederwahl zum FPÖ-Vorsitzenden im Herbst soll eine personelle Runderneuerung die Weichen stellen. Dass die FPÖ wieder wird, was sie war, zeigt sich auch in der Tatsache, dass ein Wiener Unterführer öffentlich von „systematischer Umvolkung“ durch die Einbürgerung von MigrantInnen spricht und die ganze FPÖ-Spitze sich demonstrativ hinter ihn stellt.



„Junge Freiheit“ hetzt weiter gegen AntifaschistInnen

Das faschistoide Produkt „Junge Freiheit“, das nunmehr seit 10 Jahren als Wochenzeitung erscheinen darf, mokiert sich in der Ausgabe vom 23. April darüber, dass der „Kölner Appell gegen Rassismus“ den diesjährigen 5.000 Euro Preis des aus Bundesmitteln geförderten „Bündnisses für Demokratie und Toleranz“ erhielt. In seinem Beitrag greift der Verfasser, der bekannte Anti-Antifa Aktivist Manuel Ochsenreiter, zum wiederholten Male die Zeitschrift „Der Rechte Rand“ an. Ochsenreiter: „Auch die linksextremistische Zeitschrift Der Rechte Rand wurde mit einem Hauptpreis ausgezeichnet. Der Verfassungsschutz des Bundes und die Bundesregierung sind sich in ihrer Beurteilung dieser Publikation einig. Während dem Verfassungsschutz die „personenzentrierte“ Berichterstattung des Antifa-Organs erwähnenswert scheint, fand die Bundesregierung im letzten Jahr auf Anfrage des CDU-Bundestagsabgeordneten Georg Schirmbeck ebenfalls klare Worte: ‚Beim Magazin Der Rechte Rand liegen Anhaltspunkte für linksextremistische Bestrebungen vor'.“ Richtig weh tut dem Ochsenreiter das Lob von Annelie Buntenbach, Mitglied der Jury des „Bündnisses für Demokratie und Toleranz“, „in der Bekämpfung des Rechtsextremismus ist die Zeitschrift zu einer der wichtigsten Informationsquellen geworden“. Nun ist die Preisvergabe an den „Rechten Rand“ schon über ein Jahr her, aber das ficht Ochsenreiter nicht an. Er ergänzt seine Hetze um den Hinweis, dass die Zeitschrift „Der Rechte Rand“ eng mit Schulen und Jugendzentren zusammenarbeitet. Etwas, was der „Jungen Freiheit“ noch abgeht. Die Logik der Hetze der „Jungen Freiheit“, sofern man ihr eine unterstellen darf, liegt in der historischen Tatsache, dass ein zentrales Agitationsfeld von Faschisten schon immer in der Hetze gegen den Antifaschismus bestand. Diesem Leisten ist die „Junge Freiheit“ seit ihrer Existenz treu geblieben. Das dickste Lob zum zehnjährigen kommt denn auch von der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ aus dem Munde von Jürgen Schwab. Der behauptet, dass die JF „bislang unerreichbar in der nationalen und konservativen Publizistik“ sei, was deren „Berichterstattung im Kulturteil“ betrifft.

GFP-Jahreskongress

Die 1960 gegründete „Gesellschaft für Freie Publizistik“ (GFP) hat vom 23. bis zum 25. April ihren 45. Jahreskongress in Thüringen durchgeführt. Die diesjährige Veranstaltung war unter dem Motto „Die neue Achse – Europas Chance gegen Amerika“ angekündigt worden. Als Redner sollten Dr. Walter Post, Karl Richter, Harald Neubauer, Dr. Rolf Kossiek und Dr. Felix Buck auftreten. Der letztjährige Kongress der rund 500 Personen starken Organisation fand Anfang April „in der kulturträchtigen Musenstadt Bayreuth im vorfrühlingshaft aufblühenden Frankenland statt“.

Gelenkte „Demokratie" auf Russisch

Die Parlamentwahlen im Dezember letzten Jahres und die im März stattgefundenen Präsidentenwahlen schlossen einen vierjährigen politischen Zyklus in Russland ab. Für beide Wahlen war charakteristisch, dass ihre wesentlichen Ergebnisse schon vorher klar waren: Putin wird Präsident und „seine" Partei „Edinaja Rossija" („Einheitliches Russland") die stärkste Kraft im Parlament. Eine solche Dominanz ist auch für repräsentative westliche Demokratien nicht untypisch. Diese Ergebnisse sind jedoch nur im Kontext der spezifischen politischen Situation in Russland - der Entwicklung der so genannten „gelenkten Demokratie" - zu verstehen.

Von Tanja Koch

Der Begriff „gelenkte Demokratie" hat sich trotz seines eigentlich paradoxen Charakters seit einigen Jahren in Russland etabliert; vermutlich, weil er gerade die realen Tendenzen beschreibt. Er bezieht sich auf ein politisches Regime, in dem die demokratischen Institutionen zwar beibehalten, ihre Funktionsweise jedoch von der präsidialen Macht beeinflusst wird. Wenn die immer seltener werdenden kritischen Stimmen dieses völlig zu recht als undemokratisch anfechten, so werden solche Entwicklungen von manchen anderen als akzeptabel bzw. notwendig gesehen. Am Anfang seiner großen politischen Karriere bezog sich Putin offen auf dieses Konzept, das übrigens von dem Sukarno-Regime in Indonesien Mitte letzten Jahrhunderts entwickelt worden ist (wobei es zweifelhaft ist, ob Putin diese Parallele anstrebte).

Die Ergebnisse dieser Politik in seiner ersten Amtszeit sind bemerkenswert: die staatliche Kontrolle über das Fernsehen sowie die mit diversen Gesetzesänderungen erreichte Dominanz der Exekutive (bzw. Putins) über andere staatliche Machtinstitutionen wie z.B. die 2. Parlamentskammer und die Gouverneure. Auch die Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft und der Gerichte muss angesichts deren Vorgehens z.B. gegen regimekritische Fernsehsender bezweifelt werden. Direkt nach seinem Wahlerfolg 2000 erklärte Putin den Ausbau des „Top-Down-Systems", in dem die Macht von oben nach unten verteilt wird, zur Voraussetzung der Wiederherstellung der Ordnung in Russland. „Ordnung" gehörte neben „Stabilität", „wirtschaftlichen Reformen" und der Forderung nach einem „starken, einheitlichen, modernen Russland" zu den Eckpfeilern seines diffusen Wahlprogramms.

Unter solchen Bedingungen ließ die Bedeutung der öffentlichen Politik weiter nach, was sich u.a. an der deutlichen Abnahme der politischen Diskussionen und von Protesten in den letzten Jahren festmachen lässt. Dem Konkurrenzkampf diverser Gruppierungen in Kreml bzw. im Präsidialamt wird dagegen eine immer größere Bedeutung beigemessen. Gegen Erwartungen vieler Experten verhält Putin sich nicht als eine Marionette des Präsidialamtes, obgleich die politische Figur „Putin" 1999 praktisch aus dem Nichts von einer dieser Machtcliquen mit aufgebaut wurde: die Popularitätsquote des parteilosen Putin lag im Sommer 1999 noch bei 2%. Danach wurde er erfolgreich als junger, handlungsfähiger Ministerpräsident positioniert, der sich um Russland kümmern kann, was auf dem Hintergrund des (wie es damals schien) kleinen und siegreichen Krieges in Tschetschenien als Antwort auf die Bedrohung durch Terroristen und Separatisten besonders überzeugend wirkte.

Die Wahlkampagnen von 2004 wiederholen in wesentlichen Punkten die von 2000: der Machtinhaber ist der klare Favorit (damals war Putin nach dem vorzeitigen Rücktritt Jelzins der amtierende Präsident); er vermeidet differenzierte politische Aussagen, nimmt an den Wahldebatten nicht teil und führt sonst keinen offenen Wahlkampf; die ständigen Fernseheauftritte stellen ausschließlich das „Staatsoberhaupt bei der Arbeit" (in einem Betrieb, unter Bauern etc.) dar. Putin wird hiermit in überragender Position dargestellt. Die Unterschiede liegen vor allem in Details: Der Vorrang vor den anderen Kandidaten ist gewachsen, und die zu geringe Wahlbeteiligung ist dementsprechend anstelle des Nichtgewinns im ersten Wahlgang zur Hauptsorge des Organisationsteams von Putin geworden. Diese Sorge ist angesichts der Langweiligkeit der Wahlen verständlich.

Vor allem in armen, autoritär regierten Regionen wurden die Verwaltungsressourcen massiv eingesetzt, um die Wahlbeteiligung zu garantieren und die Loyalität zu demonstrieren, z.B. wurden spottbillige Waren in Wahllokalen verkauft. Die Beteiligungsquote in solchen Regionen lag mit teilweise über 90% deutlich über den russlandsweiten 64%. Die Kampagne von Kandidaten wie der Liberalen I. Chakamada oder des Linkspopulisten S. Glasjew war vorort oft behindert worden, z.B. durch die kurzfristige Absage der Räumlichkeiten für Wahlveranstaltungen. Diese (eher hypothetischen) Konkurrenten von Putin wurden auch anderweitig unfair behandelt. Die Beobachter von PACE bemängelten in vorsichtigen Ausdrücken u.a. die

Skinhead-Prozess in St. Petersburg

Nachdem im September 2002 ein 53-jähriger Aserbaidschaner im russischen St. Petersburg von einer ca. 30-köpfigen Skinhead-Bande totgeschlagen wurde, kamen nun drei der Täter vor Gericht. Die übrigen Beteiligten, die ihren Angriff sogar mit einer Videokamera gefilmt hatten, hatten das straffähige Alter noch nicht erreicht oder eine Tatbeteiligung konnte nicht nachgewiesen werden.

Nach Ansicht von Beobachtern fielen die Urteile sehr milde aus, der Anführer der Skinhead-Gruppe wurde sogar freigesprochen, weil ihm der Mord nicht bewiesen werden konnte und die Anklage wegen Aufwiegelung zum Rassenhass wegen Verjährung fallen gelassen werden musste. Verurteilt wurden ein 17-Jähriger, der gestanden hatte, den Aserbaidschaner geschlagen zu haben, zu vier Jahren Haft in einem Erziehungslager und ein 18-jähriger, der des Mordes an dem Straßenhändler für schuldig befunden wurde, zu sieben Jahren Haft.

Prozessbeobachtern, die das Urteil als zu milde empfanden, erwiderte der Honorarkonsul von Aserbaidschan, dass allein die Tatsache, dass rechtsextreme Verbrechen endlich vor Gericht kommen, ein Fortschritt seien. Für Skinheads und andere Rechte sei dies ein Signal, dass die Zeit der Straffreiheit vorbei sei.

Bevorzugung von Putin durch die staatlichen Massenmedien.

Dabei war das für Putin gar nicht nötig. Er siegte deutlich mit 71,31% der Stimmen; seinen Vorsprung vor anderen Kandidaten konnte er sehr deutlich ausbauen. Die sich als demokratische Opposition zu Putin positionierende I. Chakamada bekam 3,8% (von ihrer Partei „Union der Rechten Kräfte" (SPS) wurde sie nicht unterstützt). N. Charitonov von der mitunter großmacht-nationalistisch (Eigenbezeichnung „volkspatriotisch") argumentierenden „Kommunistischen Partei" (KPdRF) bekam 13,69%. Zusammen mit S. Glasjew (4,10%) büßte dieses Lager ca. die Hälfte der Stimmen gegenüber den Wahlen 2000 ein. Schirinowskij, der die Präsidentenwahlen ob eines so guten Präsidenten wie Putin als überflüssig ablehnte, schickte seinen ehemaligen Leibwächter O. Malyschkin für die „Liberal-Demokratische Partei Russlands" (LDPR) ins Rennen (2,02%). Der skurilste Kandidat war allerdings der Vorsitzende der 2. Parlamentskammer, S. Mironow, dessen Wahlkampfleiter sich mit 0,85% sehr zufrieden zeigte - denn die Aufgabe, die Wahlsabotage zu verhindern, wäre erfüllt.

Das Fehlen jeglicher ernsthaften Konkurrenz zeigt deutlich die Zentralisierung der politischen Landschaft um Putin; dabei ist diese Konzentration politischer Ressourcen in erster Linie nicht sein Verdienst. 1999-2001 fand in jedem politischen Lager ein Spaltungsprozess statt: Der größere Teil der Eliten erwies Putin seine Loyalität, in der Hoffnung, dadurch „mit lenken" zu können; die dabei vorausgesetzte Zentralisierung der Macht war nur ein Ergebnis dieser Prozesse. Minderheiten mit radikaleren politischen Positionen wurden dagegen marginalisiert.

Der große Teil der liberalen Politiker, u.a. die heutige Opponentin I. Chakamada, hat damals Putin unterstützt, das demokratische politische Profil weitgehend aufgegeben und sich einseitig auf die Liberalisierung der Wirtschaft orientiert. Dies erklärt wenigstens teilweise die aktuelle Krise des Liberalismus in Russland, die mit dem Wahldebakel der liberalen Parteien im Dezember 2003 deutlich wurde: weder der liberal-konservative SPS, noch der eher oppositionelle „Jabloko" von G. Jawlinskij schafften den Einzug ins Parlament nach Wahllisten und bekamen nur insgesamt 7 Sitze.

Die 5%-Hürde schafften 4 von insgesamt 23 Parteien und Wahlblöcken: „Einheitliches Russland" (ER, 37,57% der Stimmen), KPdRF (12,61%), LDPR (11,45%) und „Rodina" (9,02%); gegen alle haben 4,70% abgestimmt. Bezeichnend für die Wahlkampagne war der Versuch der meisten Parteien, sich als Anhänger Putins zu profilieren. Nicht alle konnten es jedoch medienwirksam machen - ER als wichtigste Kremlpartei dominierte eindeutig die Massenmedien und durfte ihre ganze Wahlkampagne auf dem Image des Präsidenten (z.B. Wahlplakate „Russland muss einheitlich und stark sein - W.W. Putin") aufbauen. Die ER-Fraktion zählt insgesamt 305 Abgeordnete, was die qualifizierte Mehrheit für den Kreml bedeutet.



Putin als Gratulant zu Schröders Geburtstag am 16.4.2004 in Hannover

Bei der „gelenkten Demokratie" in Russland haben wir es nicht mit einer direkten Verteilung der Sitze „von oben" zu tun, sondern vor allem mit dem Konstituieren der loyalen Mehrheit im Parlament bei Beibehaltung der Wahlen, aber mit teilweise zweifelhaften Mitteln. Zu diesen gehört nicht nur der exzessive Einsatz von staatlich konzentrierten Ressourcen, eine wichtige Rolle spielen auch die kurz vor den Wahlen aus dem Boden gestampften Wahlblöcke, die ihre Legitimation und innere Strukturen von den einzelnen führenden Personen (z.B. vom Präsidenten selbst) von oben nach unten ableiten. Nach diesem Modell, welches hierzulande von rechtspopulistischen Miniparteien bekannt ist, entstanden sowohl die „Machtpartei" „Einheitliches Russland" (Wahlblock „Einheit" 1999), als auch der Wahlblock „Rodina" bei diesen Wahlen.

Die „Volkspatriotische Union Rodina" kam nach einer teuren Wahlkampagne und wohlwollender Berichterstattung in den Medien auf 9% der Stimmen. Sie spielte eindeutig auf dem Feld der KPdRF (nach der Meinung der meisten Experten war sie dafür auch vom Kreml initiiert): die Ideale der sozialen Gerechtigkeit wurden mit der „nationalen Idee" in ihrer Großmachtvariante kombiniert. „Rodina"-Ideologen beschrieben das Bild des arbeitenden Volkes, welches von den Oligarchen seiner Würde und seines Öls beraubt würde. Die sozialen Ausgaben und die Entwicklung des Landes könnten problemlos aus den Ölgewinnen finanziert werden. Die etwas sonderbare staatliche Strafverfolgung des Ölmagnaten M. Chodorkowskij bildete einen günstigen Hintergrund für dieses populistische Programm.

In „Rodina" wurden die gemäßigten Akteure des „national-patriotischen" Lagers wie D. Rogosin und S. Glasjew untergebracht. Die in einer der drei größeren Parteien von „Rodina" („Volkswillen" von S. Baburin) vertretenen radikalen ethnischen Nationalisten sind (mit einer Ausnahme) nach einem Skandal von der Wahlliste verschwunden. In der Wahlkampagne haben sich allerdings vor allem etablierte Parteien mit nationalistischen Aussagen hervorgetan, in erster Linie LDPR, KPdRF und „Einheitliches Russland", die letzte allerdings eher in Regionen.

Die Ausgrenzung von Rechtsextremen bedeutet auch in anderer Hinsicht keine Entwarnung. Die Gefahr für die Demokratie stellt momentan in erster Linie die „gelenkte Demokratie" dar, die das Aushöhlen der demokratischen Institutionen bedeutet. Die Taschenparteien, seien sie auch gewählt, haben keinen Einfluss auf die Exekutive und ihre Politik. Die neoliberalen Reformen im Bildungs-, Renten- und sozialen Bereich werden auch in diesem politischen Zyklus trotz der zum höchsten Ziel erklärten Armutsbekämpfung fortgesetzt, die öffentliche Kampagne gegen die so genannten Oligarchen führte keineswegs zur Änderung des Ölförderungssystems, und die Verwaltungsreform, mit der öffentlich Veränderung vorgetäuscht wird, trifft nicht die bürokratischen Machtstrukturen - denn die Möglichkeiten der gesellschaftlichen Kontrolle über die Macht werden in Rahmen der „gelenkten Demokratie" konsequent abgebaut.

Arische Mörder

Schweizer Neofaschisten in Wunsiedel 2002

„Orden der arischen Ritter“ hinter Gittern

Drei Schweizer Neonazis hatten im Januar 2001 einen „Kameraden“ hingerichtet. Das aus Platzgründen in Bern tagende Kreisgericht Interlaken-Oberhasli verurteilte die Täter nun zu hohen Haftstrafen.

Von Anna Ihme

Sowohl der ermordete 19-jährige Unterseener Marcel von Allmen als auch die Täter gehörten dem Ende der 1990er Jahre gegründeten neonazistischen „Orden der arischen Ritter“ an. Dieser sollte die Bevölkerung auf dem zwischen Brienzer- und Thunersee gelegenen Bödeli vor unerwünschten AusländerInnen schützen. Unter seinem Dach sollte, so die Aussagen des Orden-Führers Marcel M. (25) vor Gericht, ein Sicherheitsdienst zur „Informations- und Geldbeschaffung“ sowie zur „Durchleuchtung von Personen“ aufgebaut werden. Außerdem war der Aufbau einer bewaffneten und uniformierten Bürgerwehr mit dem Namen „Arische Legion“ geplant. Das Hauptziel des „Ordens“ war aber der „Kauf von billigem Land in Osteuropa oder im Süden“, wo sich niedergelassen und „europaweit mit anderen Gruppen“ vernetzt werden sollte.

Weil Marcel von Allmen das Schweigegelübde des „Ordens der arischen Ritter“ gebrochen und zu viel „geplaudert“ habe, beschlossen seine Ordensbrüder, ihn zu ermorden. Von Allmens Leiche wurde im Thunersee versenkt. Marcel M., der dem Opfer 20-30 mal mit einem langen Stahlrohr auf den Kopf geschlagen hatte, wurde vom Kreisgericht zu einer lebenslangen Haftstrafe wegen Mordes, unvollendeten versuchten Mordes und Vorbereitungshandlungen zum Mord verurteilt. Es hatten weiter die Pläne bestanden, einen 19-jährigen Schweizer zu töten, der wie von Allmen Kenntnis vom Orden hatte, sowie rassistisch motiviert einen 18-jährigen Kosovaren hinzurichten. Schon im Jahr 2000 war Marcel M. wegen Schüssen in die Brust eines Zivilpolizisten zu 18 Monaten Haft auf Bewährung verurteilt worden. Die beiden mittlerweile 24-jährigen Mittäter Renato S. und Michael S. misshandelten das Opfer mit Fußtritten, sie erhielten je 16 Jahre Gefängnisstrafe.

Während alle drei vor Gericht behaupteten der extrem rechten Ideologie abgeschworen zu haben - bei Hausdurchsuchungen wurden CDs mit SS-Märschen und NS-Propagandamaterial gefunden - stufte das Gericht die Tat als brutal, menschenverachtend und heimtückisch ein. Die Täter seien „weit aggressiver, als sie das zugeben wollten“.

Bereits im Dezember 2001 war der an der Planung beteiligte, zur Tatzeit erst 17-jährige Alexis T. von einem Jugendgericht wegen Mordes und unvollendeten versuchten Mordes für zwei Jahre in eine Erziehungsmaßnahme geschickt worden.

Festnahmen spanischer Hammerskins

Anfang März 2004 verhaftete die spanische Polizei 14 Personen im Alter zwischen 22 und 38 Jahren aufgrund ihrer Zugehörigkeit zur Organisation „Hammerskin-Espana“. Dabei handelt es sich um den spanischen Ableger der international verbreiteten neonazistischen Skinhead-Organisation „Hammerskins“. Die „Hammerskin-Espana“ gelten als die gewalttätigste Gruppe in der Region, die in der Vergangenheit vor allem durch ihren Terror gegen MigrantInnen, Obdachlose, Prostituierte und Homosexuelle auffiel. Sie sind fest in das internationale RechtsRock-Netzwerk integriert und haben in der Vergangenheit auch verschiedene Konzerte organisiert. Daneben versuchten sie, in Fussballvereinen aktiv zu werden und dort neue „Kämpfer“ zu rekrutieren. Bei Hausdurchsuchungen in Madrid, Valencia und Barcelona wurde Propagandamaterial sowie ein Arsenal von Feuer- und Stichwaffen sichergestellt.

Kundgebung alter und neuer Faschisten am 23.11.2003 in Madrid anlässlich des 28. Todestages des spanischen faschistischen Diktators Francisco Franco Bahamonde

Japan: Urteile zugunsten chinesischer Zwangsarbeiter

Erstmals wurden am 26. März der japanische Staat und das japanische Transportunternehmen Rinko Corp. vom Landgericht Niigata dazu verurteilt, Entschädigungszahlungen an chinesische Zwangsarbeiter zu zahlen. Bis 1945 wurden Zehntausende Menschen aus China als Zwangsarbeiter und Zwangsprostituierte gewaltsam nach Japan verschleppt. Den Klägern - zehn ehemaligen chinesischen Zwangsarbeitern im Hafen von Niigata und zwei Angehörigen eines inzwischen Verstorbenen – wurden insgesamt 88 Millionen Yen (684.000 Euro) zugesprochen. Die Entscheidung wurde von Vertretern des Justizministeriums als „unannehmbar“ bezeichnet - es werde ein Berufungsverfahren angestrebt. Der stellvertretende Chefkabinettssekretär Hiroyuki Hosoda konstatierte, die Regierung habe nicht vor, individuelle Entschädigungszahlungen zu leisten. Nach Ansicht der Regierung sind die Verbrechen des Zweiten Weltkrieges verjährt. Das Ziel der Kläger, die japanische Regierung und die Unternehmen mögen sich „der Geschichte stellen, uns entschädigen und sich entschuldigen“, wurde zunächst nur auf formal juristischer Ebene erreicht. Eine öffentliche Auseinandersetzung mit dem Thema Zwangsarbeit oder Zwangsprostitution hat bis heute in Japan nicht stattgefunden.

Rückkehr ohne Wiederkehr

Von Janine Clausen & Andreas Speit

Auschwitz als Fiktion. In Spielfilmen gehört der Holocaust längst zum möglichen Sujet - nicht erst seit der amerikanischen TV-Serie „Holocaust" Ende der 1970er Jahre oder dem Kinofilm „Schindlers Liste" Mitte der 1990er Jahre. Populistische Trivialisierung oder sensible Präsentation, immer wieder kehrt diese alte Diskussion bei einer neuen Filmproduktion zurück. Nun findet sie in der Literatur statt. Erstmals hat die „Nachgeborene" Soazig Aaron den literarischen Versuch unternommen, wie Jorge Semprun es formuliert, „sich an die kühne und bescheidene Rekonstruktion unserer innersten Erfahrungen der Vernichtung zu wagen, die auch ihre Rettung ist". Die Worte deuten schon die Bewertung des Buchenwald-Überlebenden an: „'Klaras Nein' ist der Roman auf den ich gewartet habe". Denn während andere Überlebende befürchten, die Erinnerung der Vernichtung könnte so verloren gehen, sorgt ihn, dass mit dem Verschwinden der Zeitzeugen das Geschehene vergessen wird. Dass neben Semprun auch Ruth Klüger dieses Buch nicht entsetzt, liegt vor allem an dessen Sprache, die auch auslassen kann, um etwas zu sagen. Ein literarischer Kunstgriff der Autorin hilft die Worte zu suchen, um dem Erinnern gerecht zu werden. Denn erst über Angelikas Tagebuch erfährt der Leser das Schicksal von Klara.

Nach 29 Monaten in Auschwitz kehrt Klara nach Paris zurück. Sie gehört zu den letzten heimgekehrten Überlebenden, als sie am 29. Juli 1945 ihrer Schwägerin Angelika nach Hause folgt. Klara traut niemandem, glaubt an nichts und hofft auch auf nichts mehr: „innerlich bin ich nur tot." Sechs Wochen lang bleibt sie bei der Schwägerin, die früher ihre Freundin war. Früher, denn jetzt gibt es kein „vor Auschwitz" mehr. Aus Sorge um ihre beste Freundin, aber auch aus Angst vor der nun Fremden beginnt Angelika einem Tagebuch ihre Gedanken, aber auch Klaras Erzählungen, anzuvertrauen. Schwieg Klara erst, beginnt sie jetzt langsam in Bruchstücken zu berichten. Kühl redet sie von sich, wie sie ihre Freundinnen, ihr Gewissen, ihre Tränen und ihr Leben verlor. Man erahnt, wem oder was das „Nein" gilt – dem Leben. Vieles bleibt angedeutet, etliches vom Töten und Morden wird aber erwähnt. So Klaras Besuch bei deutschen „Freunden der Familie" in Berlin: „Du hast dich verändert", wird sie begrüßt, „jeder von uns hat sein Unglück gehabt". Ihr späteres „Pech", erzählt Klara, „war das Zusammentreffen ihrer Dummheit, ihres Egoismus, ihrer Scheinheiligkeit mit mir und meinem Revolver".

Soazig Aaron: Klaras Nein. Friedenauer Presse, Berlin 2003, 187 S., 19,50 Euro.

Legenden über den Nationalsozialismus

Von Christian Dornbusch

Der von Wolfgang Benz und Peter Reif-Spirek herausgegebene Sammelband zum Thema Geschichtsmythen fokussiert verschiedene Legenden über den Nationalsozialismus, die in der extremen Rechten und teilweise auch darüber hinaus verbreitet sind. In insgesamt sieben Beiträgen werden die Mär von der vermeintlichen „jüdischen Kriegserklärung", die Leugnung des Holocaust sowie verschiedene Weltverschwörungstheorien, die im Kern Juden und Jüdinnen zu Drahtziehern stilisieren, untersucht sowie die rechten Mythen um die Ursachen des Zweiten Weltkrieges, Schein und Sein der von Nationalsozialisten viel beschworenen „Volksgemeinschaft" und die heutigen Idole der extremen Rechten; Heß, Speer und die Gebrüder Strasser. Direkt am Puls der zeitgeschichtlichen Auseinandersetzung ist der Artikel über „Kriegsverbrechen der Alliierten", die von extrem rechter Seiten gerne zur Relativierung deutscher Verbrechen herangezogen werden. Den Abschluss bilden Überlegungen, welchen Stellenwert die Gedenkstättenpädagogik in der heutigen Auseinandersetzung mit der extremen Rechten spielen kann.

Die einzelnen Aufsätze sind durchgängig gut lesbar, wissenschaftlich gehalten und fundiert. Und die Themenauswahl ist aktuell, wie ein Blick in die verschiedenen Periodika der extremen Rechten und auch die Debatte um den „Bombenkrieg" gegen Deutschland zeigen. Gerade die Allgegenwart zeitgeschichtlicher Debatten über den Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg in den letzten Jahren machen den Band nicht nur für Geschichtsinteressierte zu einer lohnenswerten Lektüre.

Wolfgang Benz; Peter Reif-Spirek (Hg.): Geschichtsmythen. Legenden über den Nationalsozialismus. Metropol Verlag, Berlin 2003, 168 S.,16,- Euro.

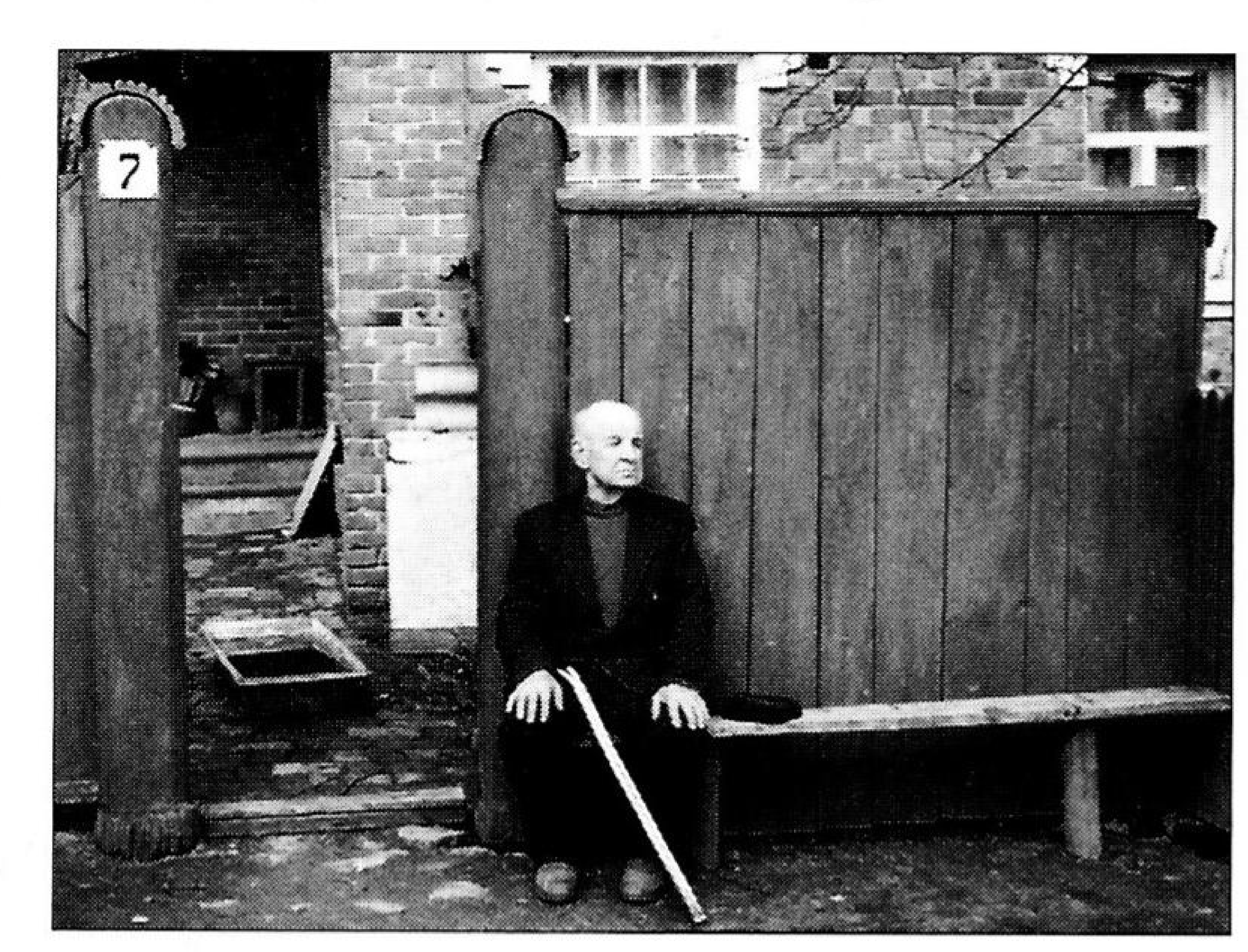
Impressum:
Verlag Der Rechte Rand GbR, Rolandstr.16, 30161 Hannover
Postanschrift: Der Rechte Rand, Postfach 1324, 30013 Hannover
Fax: 0511 / 33 60 221
redaktion@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de
Druck: Werkdruck Hannover
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P.: Klaus Harbart
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

Gegenwärtige Vergangenheit

Von Andreas Speit

Die Vergangenheit ist nicht vergangen. Die Begegnungen mit den ehemaligen Zwangsarbeitern vom Rammelsberg offenbaren die Gegenwärtigkeit. In den Akten der früheren Unterharz Berg- und Hüttenwerk GmbH war Bernhild Vögel auf die Namen gestoßen. Unter schwierigen Bedingungen bemühte sie sich die ukrainischen Frauen und Männer aufzusuchen. Denn den Akten der Täter wollte sie die Erinnerungen der Opfer entgegenstellen. In der ersten Studie zur Zwangsarbeit im Bergwerk verschränkt Vögel denn auch Reportageelemente mit Archivauswertungen, so erfasst sie die Gegenwärtigkeit des Vergangenen.

„Ich kann gar nicht glauben, dass es jemanden interessiert. Es ist doch nur meine Geschichte", sagte Ilja Miroschnitschenko aus Sumy verwundert. Mehr als 55 Jahre redete der früherer Zwangsarbeiter nicht über die „bittere Zeit". Auch andere „ukrainische Ostarbeiter" des Erzbergwerks am Rammelsberg bei Goslar, wie Maria Wojtenko aus Lugansk oder Sergie Letjuga aus einem Dorf nahe Sumy, erzählen nur zögerlich „ihre Geschichte".



Sergie Letjuga. Erst Zwangsarbeit, dann Volksfeind. Lebt heute zurückgezogen nahe Sumy.

Als Jugendliche waren sie zum heutigen Weltkulturerbe Rammelsberg verschleppt worden. Schwerstarbeit, Hunger und die Angst vor Strafen prägten den Alltag. „Sehr viele sind gestorben", erzählt Miroschnitschenko und räumt beschämt ein, nur weil sie Kartoffeln klauten, seien sie „vielleicht nicht verhungert". Von der Arbeit im Werk und der Behandlung durch die Lagerführung reden die Betroffenen zurückhaltend. „Was soll ich vom Bergwerk erzählen? Naja, schlimm war es da unten", wehrte Letjuga ab und Wojtenko möchte „nichts Schlechtes über die deutschen Arbeitskollegen" sagen.

Am 7./8. Mai 1942 war der erste Transport von Zwangsarbeitern aus der Ukraine in dem Betrieb eingetroffen. 50 Männer und Jugendliche, die die Polizei bei Razzien auf Märkten einfing. Gegen Kriegsende machten die Zwangsarbeiter, die auch aus Belgien, Frankreich und Italien verschleppt waren, 40 Prozent der Belegschaft aus. Der Abbau einheimischer Erze war „kriegswichtig", erklärt Vögel, aber die Produktion ließ sich nicht wie bei Waffen beliebig erweitern. So forderte die Werkleitung nicht „Massen" von Zwangsarbeitern an.

Nicht immer können oder wollen sich die über 70- und 80-Jährigen genau erinnern. „Das menschliche Gedächtnis ist kein Aktenordner. Es speichert Ergebnisse, verknüpft sie mit anderen und löscht Geschehnisse", hebt Vögel hervor. Aber auch, weil einige der Überlebenden in der Sowjetunion als „Verräter der Heimat" behandelt wurden, mögen sie nicht sofort erzählen. Erst später, wenn Vertrauen durch langes Zuhören und vorsichtiges Nachfragen entstanden ist, berichten sie. Langsam fügen sich die Schilderungen zusammen, da Vögel die subjektiven Erinnerungen mit den historischen Erkenntnissen verbindet. Dass Miroschnitschenkos Frau sich wundert, dass er „schnell immer alles" aufisst, ist nur eine der vielen sichtbar werdenden Nachwirkungen. Körperliche Spätfolgen, seelische Verstörungen und finanzielle Not sind weitere.

Bernhild Vögel: „Wir waren fast noch Kinder" - Die Ostarbeiter vom Rammelsberg. Verlag Goslarsche Zeitung, 2003, 240 S., 19,95 Euro.

Die Bekenntnisse des Autonomen Bernd Langer

Von Jost Leßmann

Das ist wirklich etwas Neues, da schreibt ein Autor über seine eigenen Erfahrungen in der autonomen Szene und verwendet kein Pseudonym, sondern seinen Klarnamen. Nach der Lektüre musste man leider feststellen, dass der Erkenntnisgewinn wenig ergiebig war. Die Frage nach dem Sinn des Buches kommt auf und man mag zu der Antwort gelangen, das Buch diene nur der weiteren Mythenbildung der autonomen Antifa M und dem Projekt KuK (Kunst und Kampf). Aber der Reihe nach: Uns werden Geschichten erzählt, die autobiographische Züge tragen, aber leider sehr trocken und bisweilen mit thematischen Abhandlungen durchsetzt, die aus alten Flugblättern zusammengestückelt worden sein könnten. Aber nein, Bernd Langer erzählt ja die Geschichte seines Lebens, erst seine Ausbildungszeit, später die Teilnahme an Anti-AKW-Demonstrationen Ende der siebziger Jahre. Später berichtet er von der Zeit als Antifaschist in der Provinz, mit martialischen Beschreibungen von Straßenschlachten, die durch Bilder im Buch illustriert werden, bis hin zu seiner Zeit in der autonomen Szene ab Mitte der achtziger Jahre bei der autonomen Antifa M. Die Bilder stehen im krassen Gegensatz zu dem, was Bernd Langer z.B. über den kritischen Umgang mit Militanz schreibt. Der rote Faden des Romans ist leicht gestrickt, manches wirkt beliebig und willkürlich wie die heftigen Zeitsprünge. Der gescheiterte Antifaschist Bernd Langer sichert seine ökonomische Existenz durch permanentes Blut- und Plasmaspenden. Alte Freunde sorgen sich um seine Zukunft und verpassen ihm einen Auftrag, wobei sie ihn auf Reisen durch Europa und in die USA schicken und mit Rätselspielen beschäftigen, um ihn aus seinem tristen Alltag zu locken. Die Rätsel-Reise erhält den Namen „Operation 1653" in Anlehnung an die Fertigstellung des Ölgemäldes „Nachtwache" von Rembrandt und dokumentiert die praktische Solidarität innerhalb der Autonomen. Im Vorspann verkündet Bernd Langer, dass sich alles so abgespielt habe, wie er es berichtet. Leider wird er seinem Anspruch nicht gerecht. Ich war selber Mitglied der autonomen Antifa M und auch einer der Angeklagten im 129a-Verfahren. In dem Abschnitt, in dem Langer das Verfahren thematisiert, schreibt er wissentlich die Unwahrheit, weil eben nicht alle Angeklagten, wie Langer glaubhaft machen will, die Einstellung des Verfahrens unterschrieben haben. Hier wird eine Geschlossenheit vorgegaukelt, die es in der antifaschistischen Praxis nicht gegeben hat. Dadurch wirkt Langers Blick zurück getrübt, auch deshalb, weil er die Kritik an seiner und der Praxis der Antifa M, an deren Bündnispolitik, Patriarchats-Diskussion usw. nicht antizipiert hat. Der Ausblick in die Zukunft fehlt völlig und damit wird das, was Langer in seiner politischen Arbeit tatsächlich geleistet hat, für jüngere Menschen zur Makulatur.

Bernd Langer: Operation 1653. Stay rude – stay rebel, Berlin: Plättners 2004, 271 S., 16,80 Euro.